



## Der Ratschlag des Präsidenten

Bei der offiziellen Verabschiedung der Schröder-Regierung hat Bundespräsident Köhler nicht nur höflichkeitshalber die Regierungsarbeit der vergangenen sieben Jahre mit Dank und Anerkennung bedacht, sondern auch der künftigen Regierung anempfohlen, den eingeschlagenen Reformkurs „mit Stetigkeit, Stimmigkeit und Berechenbarkeit“ fortzusetzen. Das ist bemerkenswert, weil es alle bisherigen Schaukämpfe um einen angeblich nötigen Politikwechsel ad absurdum führt und die in diesen Wochen erlebbaren Scharmützel um Regierungsbildung und Koalitionsprogramm als großes Jahrmarktsspektakel enthüllt. Nicht nur personell, sondern auch substantiell wird jetzt zusammengefügt, was zusammengehört. Das geht zwar mit viele Getöse einher, aber nicht mit Richtungsstreit.

Was von den Koalitionsverhandlungen nach außen dringt, zeigt, dass nicht unterschiedliche Positionen der Verhandlungspartner die Hauptschwierigkeit für die Abfassung eines tragfähigen Regierungskonzepts darstellen, sondern vielmehr die desolate Lage des Landes mit einem riesigen Schuldenberg, geringen Wachstumsquoten, einem zerrütteten Arbeitsmarkt und einem abschüssigen Sozialstaat. Aber es ist wohl kaum daran zu zweifeln, dass Köhlers „weiter so“ missachtet wird. Der kleine Mann wird noch stärker in den Staatsbankrott hineingezogen und seine Rechte werden mehr und mehr beschnitten.

Was jetzt auf der Tagesordnung steht, ist die Formierung einer umfassenden Opposition, die diesen Gefahren wirksam begegnet. Kann man die Signale von Christian Ströbele (Neues Deutschland vom 22./23. Oktober) als einen Anfang dafür verstehen? • G. L.

## Personalentscheidung als Alarmzeichen

Die seit nahezu einem Jahrhundert andauernde, mal galoppierende Krise der SPD hat einen neuen Höhepunkt erreicht und den Schwund ihres politischen Gewichts deutlich wie selten zuvor sichtbar gemacht. Vor dem Hintergrund tiefgehenden gesellschaftlichen Niedergangs mit unbewältigter Arbeitslosigkeit, Verfall der Sozialsysteme und einem Kollaps der öffentlichen Haushalte tut sich in der Bundesrepublik eine Führungskrise auf, bei der bisherige Regulierungsmechanismen aus dem Ruder zu laufen scheinen. Der Rücktritt des SPD-Vorsitzenden (dem kaum der „Kapitalismuskritiker“ abgekauft wurde) als Reaktion auf eine Personalentscheidung des Parteivorstandes gegen seinen Vorschlag und zugunsten der Parteilinken Andrea Nahles als neuer Generalsekretärin – und das mitten in den Koalitionsverhandlungen – facht nicht nur den permanenten Richtungsstreit in der SPD neu an, sondern bringt die ganze schöne große Koalition kurz vor ihrer Vollendung ins Wanken und macht die allgemeine Orientierungs- und Ausweglosigkeit noch sichtbarer. Selbst Stoiber traut einer Koalition ohne den möglicherweise wegbrechenden Eckpfeiler Müntefering nicht mehr.

Die kopf- und ziellos zwischen Schwarz und Rot dahintreibende SPD wird, wenn sie keinen Weg wenigstens etwas links von ihrem bisherigen Kurs findet, weiter in Richtung Bedeutungslosigkeit absteigen. • K. R.

## Zapfenstreich und Weihe

Die Frauenkirche wurde mit Gottesdiensten geweiht, die Bundeswehr mit Zapfenstreich gefeiert. Was ist der Unterschied? Hier wie dort trafen sich ausgewählte Vertreter der Mächtigen des Landes, von eifrigen Kameraleuten ins rechte Bild gerückt, von Hofberichterstattem umschmeichelt und vom zugelassenen, aber sorgsam bewachten Volke, dem das Gefühl gegeben wurde, teilzuhaben, begafft und bewundert. Verdächtige Reden von Versöhnung und Friedensauftrag. Wer verdient daran? Beide Spektakel vermittelten den Eindruck, einem Allmächtigen zu dienen. „Gott in der Höhe“ hier, „Helm ab zum Gebet“ dort. Und täuschten doch nur vor, sich höchst-richterlichen Segen holen zu wollen – für ihr kommendes Tun. Die Pläne sind längst fertig. Verdummung im sogenannten Gotteshaus, patriotisches Sterben in den „Einsatzgebieten“. Flammen kennzeichneten beide Shows. Hier brannten Kerzen, dort Fackeln. Kein gutes Omen.

• MANFRED BOLS

## Aufruf zur Großdemonstration am 5. November in Berlin

Während in Berlin das Chaos herrscht und eine neue Regierung versucht, sich zu konstituieren, formiert sich die Opposition in den Betrieben und auf der Straße gegen eine neue Welle der Arbeitsplatzvernichtung und der sozialen Demontage. Es gibt für die sozialen Bewegungen, die Arbeiter in den Betrieben, die Jugend-, Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung keinen Grund abzuwarten. Wir tragen unsere Forderungen und Interessen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Lehrstellenkrise, Angriffe auf das Tarifrecht, Kündigungsschutz, Gesundheitsversorgung, Renten, gegen Studiengebühren, Diskriminierung der Migranten, für die Rechte der Behinderten, für Frieden und Umweltschutz auf die Straße.

Wir lassen uns mit Nachbesserungen bei Hartz IV nicht abspesen - Hartz IV muss weg!

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern! Setzen wir mit dem Sternmarsch gegen die neue Regierung ein unübersehbares Zeichen. Jede Fortsetzung der neoliberalen Politik wird auf unseren gemeinsamen Widerstand stoßen!

## Heraus auf die Straße!

• Gegen die große Koalition der Sozialräuber – Weg mit Hartz IV!

• Für Arbeitsplätze, soziale und politische Rechte, Frieden, Schutz der natürlichen Umwelt und ein menschenwürdiges Leben!

Der Beschluss zur Demonstration wurde auf dem bundesweiten Delegiertentreffen der Montagsdemos am 2.7.05 in Hannover mit Vertretern aus 53 Städten gefasst.

## Baukrise und Milchmädchenrechnung

Wer hat schon die Besserwisser gezählt, die in den letzten Jahren in gewissen Medien das Ende der Baukrise herbeigeschrieben haben. Tatsache ist dagegen: Insbesondere der Osten steckt nicht nur in der schwierigsten Situation seit Kriegsende, die Talfahrt geht auch noch rasant weiter. Bei einer Auftragsverringerung von 14,9 Prozent verlor allein die sächsische Bauwirtschaft in einem Jahr knapp 8000 Beschäftigte (12,6 Prozent). In Leipzig kommt auf 30 Arbeitslose eine freie Stelle! Mitteldeutsche Industrie- und Handwerks-Experten rechnen mit anhaltender Strukturkrise. In dieser beispiellos schlechten Lage stellen Spitzenpolitiker die Eigenheimzulage zur Dis-

LN. Stadtrat Siegfried Schlegel (PDS), der mehr als 10 Jahre im Vorstand des Stadtelternrates für Schulwegsicherheit zuständig war, fordert für die nächsten beiden Jahre den Posten Schulwegsicherheit im Leipziger Etat von derzeit 39 000 Euro auf jeweils mindestens 100 000 Euro aufzustoßen. Dies sei Voraussetzung, um endlich die schon seit 15 Jahren vor sich her geschobene Knotenpunkt-Ampelanlage an der Stötteritzer-/Dauthe-/Holsteinstraße zu bauen. Diese Lichtsignalanlage würde zudem Verbesserungen für die Bewohner des Altenheimes „Martin Andersen Nexö“ und den benachbarten Kindergarten bringen. Der viel zu geringe Haushaltsansatz sei Ausdruck dessen, dass

## Schulwegsicherheit

## Stadtverwaltung setzt andere Prioritäten

es die Stadtverwaltung offensichtlich mit der Schulwegsicherheit seit einigen Jahren nicht mehr ernst meint. So wurde im vorigen Jahr erst ein PDS-Antrag für ein weiteres mittelfristiges Schulwegsicherheitsprogramm als nicht notwendig abgelehnt, ein anschließend dann doch erarbeiteter Antrag fiel ebenfalls durch, da er inzwischen „Verwaltungshandeln“ sei. Schlegel moniert, es könne nicht sein, dass sich die Stadtverwaltung, die von Stadträten regelrecht geschoben wer-

den müsse, dann ob ihrer Aktivitäten medial feiern lässt. Entscheidend dabei dennoch: In den zurückliegenden Jahren wurde in puncto Schulwegsicherheit einiges erreicht, bis eben auf einige Problemstellen im Stadtgebiet. Wenn Millionen – versteckt in mehreren Haushaltuntertiteln – für den Citytunnel bereitgestellt werden sollen, der doch eigentlich die Stadt nichts kosten sollte und den meisten Leipzigern nichts bringt, müsse erst recht Geld für Sicherheit unserer Kinder da sein, so der PDS-Stadtrat.



## Kompass 2009

LN. Auf der Stadtdelegiertenkonferenz am 20. Oktober hat die Leipziger PDS eine Satzungsänderung und damit die offizielle Umbenennung des Stadtverbandes in Linkspartei. PDS beschlossen. Neben der Vorbereitung auf die bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen – die Linkspartei PDS wird ihren Kandidaten am 4. Januar nominieren –, erörterten die Delegierten die inhaltliche und strukturelle Modernisierung der Partei. Als Diskussionsgrundlage für die Debatte der Basis wurde das Thesenpapier „Kompass 2009“ angenommen. Die Delegierten empfahlen der Stadtratsfraktion, sich für die Berufung eines Arbeitslosenbeirates einzusetzen. Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern sollten für mindestens ein Jahr durch die Kommune übernommen werden.

• H.-J. SPITZNER

# Die Würde des Menschen ist unantastbar?

Dann lesen Sie: „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat  
Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005 / Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit August 2005“

LN. Der 33-seitige Arbeitsmarktreport des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“, dem Noch-Minister Clement höchstselbst ein selbstbeweihräucherndes Vorwort voranstellte (siehe rechte Spalte), verhindert jegliche sachliche Betrachtung des Themas. Er stellt alle Alg II-Bezieher unter Missbrauchsverdacht. Eine bessere Steilvorlage für billige Hetze gegen die Armen in dieser Gesellschaft, die an ihrem Übel selbst schuld seien, ist kaum denkbar. Verwertbare, generelle Aussagen zum Umfang zu Unrecht bezogener Leistungen, zur Aufdeckungsquote oder zum entstandenen Schaden sucht man vergebens in dieser Generalabrechnung mit den „Schuldigen“ an den Problemen bei der Umsetzung von Hartz IV.

Den einzig richtigen Umgang mit diesem Papier demonstrierte jetzt Sabine Lösing vom geschäftsführenden Bundesvorstand der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG). Sie stellte namens ihrer Partei bei der Berliner Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen den scheidenden Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, und zwar wegen „des Verstoßes gegen das Grundgesetz (Schutz der persönlichen Ehre) und dem Verdacht der Volksverhetzung (Paragraph 130 StGB) sowie wegen Beleidigung (Paragraph 185 StGB), übler Nachrede (Paragraph 186 StGB), Verleumdung (Paragraph 187 StGB) und aller anderen hier ggf. in Frage kommenden Gesetzesverstöße“.

Die WASG-Vertreterin begründet die Strafanzeige unter anderem damit, dass Clement in seiner amtlichen Eigenschaft als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit eine ganze Bevölkerungsgruppe als Kriminelle hingestellt hat. Liste man seine Vorwürfe – zu Substantiven zusammengefasst – auf, so habe der Bundesminister ALG II-BezieherInnen mit den folgenden Begriffen diffamiert: Betrüger (mehrfach), Abzocker (mehrfach), Ungehemmte/ Hemmungslose (Betrüger usw...), Korrupte, Schwarzarbeiter, Sozialmißbraucher (auch: im großen Stil), Mißbraucher, Selbstbediener, Unehrlische (mehrfach), Unanständige, Leistungsmißbraucher (mehrfach), Parasiten – allein letzterer Begriff belege, dass der Minister endgültig bei der Sprache des Drittes Reiches angekommen sei.



## Auf welchem Planeten lebt der Minister?

Aus dem Vorwort von Bundesminister Wolfgang Clement zum Report gegen die „Abzocker“

Bei der umfassenden Reform des Arbeitsmarktes kommen wir mit großen Schritten voran. Alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger sind inzwischen in die Arbeitsvermittlung einbezogen. Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit kommt schneller voran, die Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen wird stetig intensiver. Immer mehr Menschen erleben, wie das Prinzip „Fördern und Fordern“ Gestalt annimmt.

Trotz mancher Kritik beharre ich darauf: Die Arbeitsmarktreform ist alles andere als „sozialer Kahl-schlag“ oder „Armut per Gesetz“. Im Gegenteil: Das Arbeitslosengeld II und das neue Sozialgeld bieten den Betroffenen eine faire materielle Grundsicherung. Viele Empfänger von Arbeitslosengeld II stehen deutlich besser da als zuvor. Durch die Arbeitsmarkt-reform wird die Bundeskasse im Jahr 2005 voraussichtlich um mehrere Milliarden Euro stärker belastet als angenommen – Geld, das bei den Arbeitslosen und ihren Familien ankommt ...

**Z**ahllos sind die Beispiele des ausspionierten Sozialmissbrauchs in diesem Report. Einer folgt dem anderen. Schlag auf Schlag. Mancher wirklich bedenklich. Aber vieles vor allem menschenunwürdig. Da scheuen sich die Kontrolleure nicht, bei erwachsenen Menschen unter die Bettdecke zu fassen, ob eventuell eine warme Kuhle auf einen für diese Menschengruppe inzwischen wohl unerlaubten Beischlaf hinweise, da wird sich lustig gemacht über Menschen, die in der Märzkälte im Schlafanzug vor den Kontrolleuren auf den Balkon fliehen. Alles nur dem Zweck: Hartz IV ist eine prima Sache. Nur die Menschen (nein, um Menchen geht es schon lange nicht mehr, sondern um Abzocker, um Sozialschmarotzer, um Parasiten) sind ihrer nicht wert.

Im Kapitel 4 dieses vom Hause Clement inszenierten Generalangriffs wird die Katze des ministerialen Ärgers endlich aus dem Sack gelassen und gegen all jene gewütet, die helfen wollen, die Menschenwürde zu verteidigen.

Wir zitieren wörtlich aus dieser Epistel:

... In Zeitschriften, im Internet und von verschiedenen Institutionen, ja offenbar sogar aus einem Abgeordnetenbüro heraus, wird regelrecht auf Missbrauchsmöglichkeiten hingewiesen. Ratgeberbücher schildern Sozialbetrug als lässliche Sünde und verbrüdernd sich mit Abzockern, um auf diese Weise die Auflage in die Höhe zu treiben. ... Teilweise schrecken auch politische Parteien nicht davor zurück, unter dem Deckmantel von Arbeitslosenberatung weltanschauliche Süppchen zu kochen. Die PDS hält auf ihren Internetseiten einen seltsamen „Musterwiderspruch“ gegen Bescheide über Arbeitslosengeld II bereit. Wörtlich heißt es dort:

„Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lege ich gegen den o. g. Bescheid Widerspruch ein, denn ich fühle mich ungerecht und rechtswidrig behandelt.

Der Bescheid ist dem Grunde und der Höhe nach rechtswidrig. Er basiert auf einem Gesetz, dem SGB II, das in großen Teilen gegen das Grundgesetz verstößt, wenn es nicht sogar insgesamt verfassungswidrig ist.“ Natürlich steht allen Bürgerinnen und Bürgern ebenso

wie Parteien auch scharfe Opposition gegen die Arbeitsmarktreform frei. Der oben beschriebene „Musterwiderspruch“ ist also nicht rechtlich, wohl aber politisch zu beanstanden. Wer lediglich politische Aufwiegelei im Internet zum Herunterladen offeriert – inklusive Ausfüllanleitung auf russisch – bietet betroffenen Arbeitslosengeld II-Empfängern keine sachliche Hilfe. Die Wortwahl zielt auf eine Kumpanei mit jenen, die den Sozialstaat mit einer Melkkuh verwechseln, die man jederzeit nach Belieben anzapfen kann.

## Ministerialer O-Ton

Die Mitarbeiterin einer PDS-Bundestagsabgeordneten wurde sogar dabei erwischt, wie sie Arbeitslosengeld II-Empfängern in der Bürgersprechstunde Tipps für den Sozialmissbrauch mit auf den Weg gab. Sie sollten doch eine Wohngemeinschaft bilden, riet sie einem Paar, das nach den Kriterien des Gesetzes gegenseitig füreinander aufkommen müsste. „Sie behaupten, Sie seien kein Paar und jeder wirtschaftet für sich“, erklärte die PDS-Mitarbeiterin: „Sie müssen die Wohnung nur so einrichten, als wären Sie kein Paar.“ Pech für die unlautere Beraterin: Die Ratsuchenden entpuppten sich als ZDF-Reporter, die den Vorgang mit versteckter Kamera dokumentierten. „Ich sage den Leuten nur ihre Möglichkeiten, entscheiden muss jeder selber“, rechtfertigte sie sich im Nachhinein. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ließ diese Ausflucht nicht gelten, zeigte die Mitarbeiterin umgehend bei der Staatsanwaltschaft Berlin an und bat um die Aufnahme von Ermittlungen.

... Sozialbetrug wird von solchen „Beratern“ als eine Art „Notwehr“ gegen soziale Einschnitte gerechtfertigt. In diesem Stil ist auch der „Leitfaden Alg II/Sozialhilfe“ der „AGTuWas“ geschrieben, ein bei Arbeitslosengeld II-Beziehern weit verbreitetes Ratgeberbuch. Darin verbinden die Autoren billige Klassenkampfparolen mit Empfehlungen, die sich leicht auch als Ideen zum Sozialbetrug verstehen lassen. „Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft? Nur dass sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen / so

findig / und so beständig wie die Reichen im Kampf / gegen die Armen sind.“

Mit diesem Gedicht von Erich Fried auf der Umschlagrückseite geht der Verlag mittlerweile in die 23. Auflage: ... „Bevor Sie aufgrund Ihres Alltagsverständnisses angeben, dass Sie in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben, prüfen Sie also, ob Sie wirklich Ihr gesamtes Einkommen und Vermögen vorrangig für Ihren Partner einsetzen wollen, bevor Sie Ihre eigenen Verpflichtungen erfüllen. Nur dann liegt nämlich eine eheähnliche Gemeinschaft vor.“ Schwarzarbeit entschuldigen die Verfasser mit dem Hinweis, dass Arbeitslosengeld II/Sozialhilfe „nicht bis zum Monatsende reicht“. Statt vor Schwarzarbeit zu warnen, empfehlen sie erwischten Sozialbetrüger lediglich: „Achten Sie darauf, dass nur AlgII/Sozialhilfe zurückgefordert wird, nicht aber andere Einkommen, die die Behörde eventuell auf sich übergeleitet hat“.

Bei diesem Sprachduktus verwundert es nicht, dass Arbeitsagenturen und Sozialverwaltung in solchen Leitfäden als natürliche Gegner der Arbeitslosen dargestellt werden. Als Beleg dient das angebliche Zitat eines Trierer Sozialamtsleiters aus dem Spiegel von 1976: „Wenn wir die Leute über ihren Anspruch aufklären würden, wären wir schnell pleite. Um überleben zu können, müssen wir gesetzesuntreu sein, und wir sind es auch.“ Das „gilt auch heute noch“, folgern die Verfasser im Jahr 2005 für das gesamte Bundesgebiet, ohne irgendeinen Hinweis darauf vorzulegen. Auf dieser Grundlage schärfen die Autoren ratsuchenden Arbeitslosen simpelste Feindbilder ein: „Sie sollten sich daher immer auch, wenn möglich behördenunabhängig beraten lassen.“ Dafür kämen weder Wohlfahrtsverbände noch bestimmte Arbeitslosenzentren in Frage, sondern allenfalls Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppen. ...

Alles in allem also lehrt uns der Minister: Wer berät, der hetzt! Mag ein PDS-Musterwiderspruch juristisch unanfechtbar sein, moralisch ist er verwerflich! Nach welchen Kriterien, Herr Clement, nach sozialdemokratischen, nach christlich-sozialen? Wer im Glashauss sitzt, sollte andern nicht ausgerechnet ihren „Sprachduktus“ vorwerfen.

Soeben ist das Statistische Jahrbuch 2005 der Stadt Leipzig erschienen. Die Rubrik 907 weist aus, wie sich das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen der Leipziger in jüngster Vergangenheit entwickelt hat. Es sank von 1540 Euro im Jahr 2000 auf 1436 Euro im Jahr 2003 –

Von  
**GOTTFRIED BRAUN**

Angaben über 2004 liegen noch nicht vor. Das durchschnittliche persönliche Nettoeinkommen sank in diesem Zeitraum von monatlich 1023 auf 980 Euro (männliche Personen von 1074 auf 1050, weibliche Pers. von 895 auf 817). Da standen Hartz IV und faktische Rentenkürzungen noch bevor! Erst das Jahrbuch 2007 wird den Einschnitt statistisch offenlegen, den die „Reformen“ uns bescherten. Auf der anderen Seite stiegen und steigen die Belastungen der Bürger erneut auf breiter Front: bei Betriebskosten für Wohnungen, Verkehrstarifen und Kraftstoff, bei Medikamenten, Be-

**Einkommen und Belastungen der Leipziger driften weiter auseinander**

## Müllgebühren „gerechter“ – aber auch zumutbar?

handlungen und Brillen, bei Krippe, Kindergarten und Schulhort. Dazu drohen höhere Mehrwertsteuern. Wenn Leipzigs Stadträte am 17. November über neue Gebühren der Abfallentsorgung entscheiden, dann tun sie das nicht in einer prosperierenden Stadt mit mehrheitlich gut gestellten Bürgern – ganz im Gegenteil. Darin liegt das eigentliche Problem.

### Warum neue Gebühren?

Anlässe für die geplante Änderung der Gebührensatzung: Zum einen ist die Gebührenrücklage des Eigenbetriebs Stadtreinigung abgeschmolzen (wie kam sie eigentlich zustande?). Laut Betriebsleiter Dr. Frank Richter half sie bisher, die Schere zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu schließen und die Gebühren konstant zu halten. Zum andern

darf seit 1. Juni dieses Jahres keinerlei Abfall mehr unbehandelt abgelagert werden – eine überzogene EU-Vorschrift. Damit stieg die Deponiegebühr von 102 auf 124,32 Euro je (Gewichts-)Tonne. Hinzu kommen höhere Kraftstoffkosten.

Nun sollen die Stadträte über ein neues Gebührenmodell entscheiden, das drastische Änderungen vorsieht. Vorläufiger Stand bis Redaktionsschluss:

**1. Leerungsgebühr** für Entsorgung des Restabfalls:

80-Liter-Tonne: 4,89 Euro (statt 2,61)

120-Liter-T.: 5,83 Euro (statt 3,75)

240-Liter-T.: 6,93 Euro (statt 7,18)

1100-Liter-T.: 26,04 Euro (statt 32,70)

**2. „Abfallverwertungsgebühr“** für Entsorgung von Druckerzeugnissen in Blauen Tonnen sowie von Sperrmüll, Elektronik- und anderem Schrott und Schadstoffen aus Haushalten; sie ersetzt die jetzige Grundgebühr und wird nach Größe und Anzahl

der Behälter berechnet

**a) mit Biotonne:**

80-Liter-Tonne: 58,20 Euro (statt 30,68)

120-Liter-T.: 71,88 Euro (statt 30,68)

240-Liter-T.: 141,72 Euro (statt 30,68)

1100-Liter-T.: 698,40 Euro (statt 122,72)

**b) ohne Biotonne** (also bei Eigenkompostierung): je nach oben genannten Tonnengrößen 46,92 / 57,84 / 114,00 / 561,84 Euro (bisher wie oben).

### Argumente – und Fragen

Die neuen Leerungsgebühren, so Dr. Richter, berücksichtigen die stärkere Verdichtung des Abfalls in kleineren Behältern. Für die Deponie sei nicht das Volumen, sondern das Gewicht von Belang. In gewisser Weise subventionierten zur Zeit die großen Behälter die kleinen. Das neue Modell sei da gerechter.

Für Aufregung sorgt vor allem die neue Art und Höhe der Grundgebühr, die ja teilweise um mehr als das Fünffache steigen soll. Der Chef der Stadtreinigung argumentiert, bisher hätten die Leerungseinnahmen 85 Prozent der Kosten gedeckt, die Grundgebühr lediglich 15 Prozent – abgesehen von der Stützung durch die Rücklage. Mit sinkender Anzahl der Behälter seien auch die Leerungseinnahmen stetig gesunken. Fünf Millionen Euro seien auszugleichen. Man komme deshalb nicht darum herum, das Gewicht der zweiten Gebührenart zu erhöhen. Häufig werde übersehen, dass auch das Entsorgen von Material auf den Wertstoffhöfen Geld kostet. Diese Kosten gingen nun in die Verwertungsgebühr ein. Da fragt man sich zumindest, ob derjenige, der



kein oder wenig Material abgibt, andere subventionieren soll. Zu den Müllgebühren insgesamt aber stellen sich grundsätzliche Fragen: Darf eine dreißigprozentige Mehrbelastung der Stadtreinigung zu einer noch viel höheren Mehrlast der Bürger führen? Soll auch der Eigenbetrieb Stadtreinigung nach dem Willen der Kämmerin beim Stopfen des Leipziger Haushaltslochs helfen?

### Gebrochene Absprache

Vor allem Siedler bringt überdies auf, dass Pflanzenabfälle (Grünschnitt) künftig nur noch bis zu 200 Litern im Jahr gebührenfrei abgegeben werden dürfen. Reiner Engelmann – er vertritt die Linksfraktion in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die das neue Gebührenmodell erörterte – sprach in diesem Zusammenhang vom Bruch einer Vereinbarung. Bevor die Vorlage den Stadträten und der Presse zugeht, sollte sie mit dem Siedler- und dem Kleingärtnerverband, mit Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, mit „Haus und Grund“ e. V. und dem Ökolöwen beraten werden. Das geschah verspätet und bewirkte nur eine – eigentlich selbstverständliche – Minor-Korrektur: Wer einen Pflegevertrag für öffentliche Grünanlagen übernommen hat, darf Pflanzenabfall gebührenfrei entsorgen. Es ist zu hoffen, dass die scharfe Reaktion der Öffentlichkeit zu wirklichen Änderungen führt. Wahre Freude wird's dennoch nicht werden.

## Nicht von dieser Welt

Was will ein armer Teufel mehr! ARGE bzw. Arbeitsagentur sind nicht kleinlich bei der Rückerstattung finanzieller Aufwendungen, z. B. Bewerbungs- und Fahrtkosten, weist ein Arbeitsloser ihnen nach, dass er seiner Mitwirkungspflicht bei der Arbeitssuche nachkommt. Warum also nicht Orientierungshilfen wahrnehmen? Als eine solche betrachtete in aller Bescheidenheit Herr

M. das Angebot der ifra, die als weltweit führende Organisation für Zeitungsverlage und Medienhäuser unlängst zur ifraExpo auf die Neue Messe einlud. Rund 350 Aussteller aus 16 Ländern, so kündigte die örtliche Presse dieses „Jahresereignis der Zeitungsindustrie“ an, sollten von

Redaktions- und Anzeigensystemen bis zu Online-Diensten alles der modernen Pressewelt offerieren.

Da muss doch was zu entdecken sein, dachte Herr M., und er war schon fast auf dem Abmarsch, da schwante ihm was. Intuitiv griff er zum Telefonhörer und erkundigte sich nach dem Eintrittspreis, kam sich dabei vor wie kürzlich der kleine Junge, der im Laden fragte: „Ham Sie was für einen Euro?“

„Tja“, meinte die Dame am anderen Ende der Strippe, „ist eben nicht billig. 75 Euro je-

weils an den ersten drei Tagen, 34 am letzten.“ Herr M. meinte, ihr süffisantes Lächeln sehen zu können.

Er legte auf und verkroch sich noch mal ins Bett. „Den Seinen gibt's der Herr halt im Schlaf“, fand er Weisheit in einem Spruch seiner Oma.

## Geschichten von Herrn M.

aufgeschrieben von Ekkehard Fritz

## SO SEHE ICH DAS



Es ist unübersehbar: Polen bestimmt dieser Tage die Schlagzeilen der Nachrichtenagenturen und irritiert die deutsche Politik. Deutliche Worte des neu gewählten Staatspräsidenten Lech Kascynski mit Blick auf die westlichen und östlichen Nachbarn verheißten: „Man muss darüber sprechen, was uns nicht passt.“ Da deuten sich Verstimmungen an. Ach, was waren das noch für herzige Zeiten, als aus dem Westen „Theo, wir fahrn nach Lodz(schsch)!“ als Reiseziel in Richtung Osten hallte. Mich störte es schon damals, dass die bekannte Sängerin aus Griechenland den Namen der Stadt falsch sang. Kleinigkeiten? Sicher. Apropos Künstler! Es gibt gute Gründe, jetzt mal die hohe Diplomatie außen vor zu lassen und die Polit-Bühne mit anderen Brettern, die für manche auch die Welt

## UWAGA! – ACHTUNG! Polen kommen

bedeuten, zu tauschen. In diesen Tagen kommen Polen nach Leipzig und Weimar. Ein kleines, aber feines Theater-/Kunst-Festival lädt aus Anlass des Deutsch-Polnischen Jahres zu Performance, Ausstellung und Diskussion.

In der gedruckten Programmübersicht entdeckte ich unter anderem folgenden Satz: „Für die meisten Deutschen ist Polen ein tendenziell unattraktives, vor allem aber unbekanntes Land.“ Man bedenke, das Festival „UWAGA – Polen kommen“ findet nicht an Rhein und Ruhr, sondern in Sachsen und Thüringen statt. Habe ich in meiner Jugend nur geträumt, dass beispielsweise Krakow die Partnerstadt Leipzigs ist und mit ihr ein reger Kulturaustausch stattfindet? Bildete ich mir nur ein, dass über Jahrzehnte das „Polnische Kultur- und Informationszentrum“ am Leipziger Brühl der Geheimtip für Plakatsammler, Schallplattenfans und Bücherwürmer war? Da gab es Kurse zum Polnischlernen und im kleinen Filmsaal liefen neueste Produktionen. Autoren stellten druckfrische Texte vor. Bewusst unterschlage ich jetzt die sehr lange Liste beliebter polnischer Interpreten

und Gruppen, die in den Kulturpalästen auftraten. Polen ein unbekanntes Land? Mit 16 reiste ich per Lehrlingsaustausch an die Masurischen Seen zur Erholung. Besuchte später, Jahrzehnte vor ARD und ZDF, Hitlers Wolfsschanze und mit jungen Krakowern Auschwitz. Lernte eine andere Lebensart kennen, polnischen Wodka vertragen, die wunderbare Ess- und Teekultur genießen und den in vielen Gegenden üblichen Handkuss. Es gab über Oder und Neisse hinweg ungezählte persönliche, kulturelle und soziale Berührungspunkte zwischen Leuten meines Jahrgangs.

Natürlich: Das sind meine Erfahrungen und diese sind nicht auf andere Lebenswege übertragbar. Aber ich wehre mich gegen verallgemeinernde Sätze wie den oben zitierten und nun im Festivalprogramm mehrfach gedruckten, weil er Geschichte und Geschichten auslöscht oder einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Während der Kulturtage soll auch über Chancen des Zusammenrückens debattiert werden. Umso unverständlicher ist deshalb das Ignorieren bisheriger polnisch-deutscher Freundschaften.

• MICHAEL ZOCK

Zum Glück“ so freut sich die LVZ, hätten die Stadtwerke Leipzig die Fernwärme- und die Heißwasserzufuhr am Abend (des 20. Oktober) in 4000 Wohnungen der Thesaurus in Leipzig-Grünau ja wieder zugeschaltet.

Glück hat mit anderen Umständen zu tun. Hier geht es um Mieter, die im wahren Wortsinn einen ganzen Tag lang aus dem allerältesten Kalkül heraus kaltgestellt wurden. Das sei unabwendbar gewesen, erklären die Stadtwerke. Sie hätten halt die Notbremse in dem sich seit Jahren vor Gerichten hinziehenden Streit zwischen dem Hauseigentümer Thesaurus und dem Wärme-Dienstleister Elpag ziehen müssen, um endlich zu ihrem Geld zu kommen. Die Aktion hätte ihnen schließlich Recht gegeben, es seien Zusagen „im Sinne der Mieter“ gegeben worden.

Die Zusagen beziehen sich auf inzwischen 170 000 Euro von den Mietern bezahlte Heizkosten, die jedoch nie bei den Stadtwerken angekommen sind. Dass ein Gericht seit nunmehr fünf Jahren nicht in der Lage ist zu entscheiden, ob die Wärmelieferverträge der Elpag sittenwidrig sind, wie Thesaurus bestätigt haben will, ist gewiss so skandalös wie der Thesaurus-Versuch fragwürdig ist, durch Nichtbezahlen der Wärmekosten, eine Entscheidung zu erzwingen. Der jetzt öffentlich entflammte Streit, warum die kaltgestellten Mieter, viele Mütter mit Kleinkindern darunter, nicht vorher über diese Abschaltung informiert wurden, ist einfach nur scheinheilig. Hätten sie dann weniger gefroren an diesem kalten Oktobertag? Wäre die ganze Abschaltaktion – eine weitere soll nur ein paar Straßen entfernt drohen – weniger menschenverachtend gewesen? Diese

Frage des ungeheuerlichen Umgangs eines kommunalen Betriebes wie der Stadtwerke mit Bürgern ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Angelegenheit.

Dennoch, das eiskalt „gelöste“ marktwirtschaftliche Problem liegt 15 Jahre zurück und ist prin-

## KALTGESTELLT

zipiell: Es resultiert aus dem fatalen, dem Einigungsvertrag geschuldeten Gesetz über die sogenannten – weil fiktiven – Altschulden der Wohnungsunternehmen in der DDR und dem daraus abgeleiteten Zwang zur Privatisierung der kommunalen Wohnungsbestände bis auf einen Rest von 20 Prozent.

Zwar hat Friedrich Engels 1887 schon gewusst, dass der Kern der großbürgerlichen Lösung der Wohnungsfrage das Eigentum des Arbeiters an seiner Wohnung ist, weil ein dermaßen mit individuellem Eigentum gebundener Arbeiter oder Angestellter nicht freier, sondern politisch und ökonomisch erpressbar ist. Die Mehrzahl der über Nacht zu Bundesbürgern Gewordenen allerdings konnte dem kapitalistischen System diesen Gefallen gar nicht tun. Ihre finanziellen Möglichkeiten waren nicht so. Die allermeisten konnten nicht einmal 2000 DM für einen Quadratmeter ihrer Wohnung hinzublättern. Darum wurde das feine System der Zwischenerwerber erfunden und rechtzeitig noch die Mietpreisbindung aufgehoben, die die Spe-

kulanten anzog wie Speck halt auf Mäuse wirkt.

Grünauer, die Wohnen noch als ein verbürgtes Menschenrecht erlebten, haben nun am eigenen Leibe auszuhalten, was es bedeutet, wenn Wohnungen ebenso wie die Gesundheit oder die Bildung zur Ware und damit zum Profitobjekt werden. Dass sie als Mieter kommunaler

Wohnungen durchaus eine Wohnungsgenossenschaft hätten gründen können, die nach bundesdeutschem Recht auch eine Form des Privateigentums sind, wurde nie in Betracht gezogen. Einige dahingehende Versuche einer Mieterinitiative zum Beispiel in der Ringstraße wurden ausgetrixet, indem die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) die dortigen 1700 Wohnungen klammheimlich an einen Berliner Immobilienkonzern verschachtelte; nicht für 2000 Mark den Quadratmeter, sondern für nur etwas mehr als 600 DM. Dafür sollte die Aubis-Gruppe die Wohnungen sanieren und dann den Mietern wiederum zum Kauf anbieten.

Das Prinzip der Zwischenerwerber erwies sich als sehr lukrativ für die damals wie die Pilze aus dem Boden schießenden Spekulanten. Als erstes wurden den Häusern sündhaft teure, teilweise überflüssige, auf jeden Fall aber profitträchtige Sanierungen aufgezwungen. Der Mieterprotest, bilderbuchmäßige Demokratie sozusagen,

konnte nicht einmal die von Experten nachgewiesene bauschädigende Wärmeisolation stoppen (die Großplatten bestehen bereits aus einem den Anforderungen der Wärmeisolation entsprechenden Dreischichtenverband). Nun ist Dauerlüften angesagt, aber die Miete konnte dank dieser Bauarbeiten und juristischer Winkelzüge deutlich erhöht werden.

Aubis, der seinerzeitige Zwischenerwerber hatte die Wohnungen, nachdem genug abgeschöpft war, also wieder abzustößen. Der Rubel muss rollen. Auch beim neuen Besitzer namens Thesaurus, der durch ihren Rechtsanwalt versprach, man werde in den nächsten Monaten eine stabile Wärmeversorgung aufbauen (was gab es denn bisher?), während Elpag-Geschäftsführer Asmus frohlockte, das Geld komme jetzt dahin, wohin es hingehöre, zu seiner Firma und zu den Stadtwerken.

Bleibt die Frage der überhöhten Betriebskosten. Die, auf das Wesen reduziert, die Frage nach den bürgerfeindlichen Privatisierungen ist.

• MAXI WARTELSTEINER#

P.S.: Bei Redaktionsschluss erfuhren wir: Das Gericht hat es nun, nachdem der Skandal offensichtlich war, quasi über Nacht geschafft, ein Urteil im Streit der Thesaurus gegen die Elpag zu fällen: Die Elpag-Preise sind sittenwidrig! Zudem kam die unkoschere Verzahnung zwischen dem ersten Zwischenerwerber Aubis und der Elpag zur Sprache. Fragwürdig ist ohnehin, warum die Leipziger Stadtwerke als Wärmelieferanten noch einen Zwischenhändler dulden. Amigos, wohin das Auge blickt ...

### Das neue Hundertwasser-Haus in Magdeburg

## Natur statt „erbärmlicher Kompromisse von Linealmenschen“

Rosé statt grün – die Bäume und Wiesen müssen nämlich erst noch reifen – herrscht die „Grüne Zitadelle“ über Magdeburg und provoziert und erfreut. Das letzte Bauprojekt nach Plänen von Friedensreich Hundertwasser (1928-2000) wurde im Rahmen der Feierlichkeiten zur 1200jährigen Ersterwähnung Magdeburgs im Oktober übergeben. Auf einer Grundstücksfläche von 5400 qm gibt es Geschäfte, ein Hotel, Büros, viele Wohnungen und vor allem: Gesprächs- und Diskussionsstoff.

Hundertwasser wollte auch mit diesem Bau für einen „Friedensvertrag mit der Natur“ werben, keine geraden Linien, viel Farbe und noch mehr Pflanzen. „Die Grüne Zitadelle vom Magdeburg wird wachsen wie ein Organismus. Sie ist kein seelenloser, aggressiver Klotz“, so Hundertwasser im Jahr 1999. Es wird auch nicht nachgearbeitet, renoviert, gemäht oder gestutzt: die Zeit- und Gebrauchsspuren am Bau sollen erkennbar bleiben, die Natur darf sich ausbreiten. Es wurden 13000 Kubikmeter Beton, 1900 Tonnen Bewehrungsstahl verbaut, 856 Fenster (dabei 285 Fenstertypen!) eingesetzt, 1154 Kubikmeter Pflanzsubstrat ausgebracht, 171 Bäume (42 Sorten), 264 Gehölze, 9214 Stauden und 10 000 Blumenzwiebeln gepflanzt.

Trotz eines Mietpreises von ca. 9 Euro pro Quadratmeter (kalt!) ist die Vermarktungsgesellschaft optimistisch, bis Ende des Jahres alle Wohnungen zu vermieten. Ein Hartz-IV-Empfänger wird sich da jedenfalls nicht einmieten können, die so-



zialen Aspekte standen nicht im Mittelpunkt der Betreibergesellschaft, des Künstlers und seines Nachlassverwalters. Die ca. 30 Millionen Euro Gesamtbaukosten müssen schließlich erwirtschaftet werden. Träger des Bauprojektes ist die Gero AG, die einen geschlossenen Immobilienfond aufgelegt hat. Neben nicht

genannt werden wollenden Privatpersonen ist auch das Bistum Magdeburg an dem Projekt beteiligt ist.

Die ursprüngliche Idee sah vor, einen Plattenbau umzugestalten, doch konnten die Pläne von Hundertwasser aus statischen Gründen nicht umgesetzt werden, so dass er einen kompletten Neubau vor-

zog – und damit seinem Architektur-Credo widersprach. Schließlich schrieb er einmal: „Man sollte den Baugelüsten des einzelnen keine Hemmungen auferlegen! Jeder soll bauen können und bauen müssen und so die wirkliche Verantwortung tragen für die vier Wände, in denen er wohnt. ... Wenn so ein von den Bewohnern nach eigenen Baugelüsten selbstgebautes tolles Gebilde zusammenfällt, so kracht es ja meist ohnehin vorher, sodaß man flüchten kann. Der Mieter wird jedoch von da an kritischer und schöpferischer den Gehäusen gegenüberstehen, die er bewohnt, und er wird mit eigenen Händen die Wände und Pfeiler verdicken, falls sie ihm zu zerbrechlich scheinen.“

Und auch das steht in Hundertwassers mitunter irritierenden, aber dennoch tiefgründigen philosophischen Nachlass: „Was realisiert ist, sind einzeln dastehende erbärmliche Kompromisse von Linealmenschen mit schlechtem Gewissen!“

• D. M.

### Die Fensterdiktatur und das Fensterrecht

Wenn in einer Straße verschiedene Häuser nebeneinanderstehen, mit verschiedenen Fenstertypen, d. h. Fenster-Rassen, zum Beispiel ein Jugendstilhaus mit Jugendstilfenstern, daneben ein modernes Haus mit schmucklosen rechteckigen Fenstern, daneben ein Barockhaus mit barocken Fenstern, so hat niemand etwas dagegen.

Wenn jedoch diese drei Fenstertypen der drei Häuser zu einem Haus gehören, wird das als Verstoß gegen die Rassentrennung der Fenster empfunden. Warum? Jedes Fenster hat doch einzeln für sich seine Lebensberechtigung.

Nach dem herrschenden Regelkodex ist es jedoch so: Wenn die Fenster-Rassen gemischt werden, wird gegen die Fenster-Apartheid verstoßen. Die Apartheid der Fenster-Rassen muß aufhören. ...

HUNDERTWASSER, 22. Januar 1990



## Dresden hat seine Frauenkirche wieder

### Anmut sparet nicht noch Mühe

Der Vorschlag der sächsischen CDU, zur Stärkung des Patriotismus in der Bevölkerung das Erlernen der Nationalhymne in den Lehrplan der Grundschulen aufzunehmen, stieß bei den Linken, aber auch bei FDP und Grünen auf Ablehnung.

Antje Hermenau (Grüne) äußerte: „Eine Hymne, deren erste und zweite Strophe aus gutem Grund nicht mehr gesungen wird, lässt sich an den Grundschulen nicht verordnen.“ Deutschland brauche eine neue Hymne.

„Weder Heimatliebe noch CDU-Wahlerfolge können an sächsischen Grundschulen herbeigesehrt werden“, begründete Sachsens FDP-Generalsekretär seinen Widerspruch.

„Historischer Missbrauch einer Hymne lässt sich nicht einfach aus der Welt schaffen“, mahnte Peter Porsch (Linke.PDS). Mit ihrer Kampagne ignoriere die CDU diesen Missbrauch und erweise damit der politischen Bildung in Sachsen einen schlechten Dienst. Brecht habe mit seiner „Kinderhymne“ einen Text geschaffen, der eine zeitgemäße weltoffene Heimatliebe zum Ausdruck bringe, die sich der Geschichte des eigenen Landes bewusst ist. Porsch forderte die CDU auf, diesen Text zur Nationalhymne zu machen:

Anmut sparet nicht noch Mühe / Leidenschaft nicht noch Verstand / Dass ein gutes Deutschland blühe / Wie ein andres gutes Land... (LN)

Die Wiedererrichtung der im Februar 1945 vollständig zerstörten Dresdner Frauenkirche in ihrer ursprünglichen Gestalt ist vollendet. Die Kirche wurde am vergangenen Wochenende geweiht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bauleute, Architekten und Künstler haben Großes geleistet, um ein für immer verloren geglaubtes Bauwerk aus Ruinen aufzuerstehen zu lassen. Das 1994 begonnene Bauvorhaben reiht sich so würdig ein in die Geschichte des Wiederaufbaus der Stadt seit 1945, in die Wiedererrichtung des Zwingers, der Semperoper, von Johanneum, Katholischer Hofkirche, Kreuzkirche, Albertinum und weiteren historischen Bauten, vor allem aber auch den Neubau von mehr als 100 000 Wohnungen und zahlreicher öffentlicher Gebäude. Weniger würdig geriet die Stilisierung der Einweihung des Bau-



werks zu einem zweifelhaften politischen und medialen Spektakel. Während Honoratioren der Bundesrepublik, des Landes und der Stadt mit überschwänglichen Lobpreisungen alles vor dem Wiederaufbau Dresdens nach dem Kriege Geleistete in den Schatten zu stellen suchten und dabei belangvolle politische Wahrheiten unter den Tisch fallen ließen, hatte die Polizei der Öffentlichkeit einen Maulkorb verpasst: Auf Transparenten habe man sich politischer Äußerungen zu enthalten. In offiziellen Reden und Medienberichten dominierte einseitig das Engagement von Staat und Sponsoren und ein diffuser Versöhnungsgedanke, nicht zuletzt verbunden mit der kritischen Sicht auf die Ent-

scheidung der DDR – aus guten Gründen die Kirche nicht wieder aufzubauen, andere Prioritäten zu setzen und die Ruine als Mahnmahl zu belassen.

Kaum wurde bei den Feiern an die Entfesselung des verheerenden Krieges als Ursache der Zerstörung erinnert. Ministerpräsident Milbradts Bemerkung, Deutschland habe in Europa Hass gesät und Feuer geerntet, verlor sich in der Fülle der Würdigungen.

Die Regierenden feierten den Kirchenbau als einen weiteren Leuchtturm ihrer Politik (Milbradt: vielleicht größtes Ereignis nach der Wende), ungeachtet augenfälliger Erscheinungen von wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Misere in Sachsen.

• G. L.

## Tschechisch-sächsische Zukunftsprojekte im Gespräch

LN. Die Spitze der Linksfraktion des Landtags führte in Prag Gespräche mit zahlreichen tschechischen Politikern, darunter Christdemokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Zentrales Thema bei den Treffen in Ministerien und Ausschüssen des Abgeordnetenhauses sowie mit weiteren Politikern war die grenzüberschreitende Regionalentwicklung. Im Einzelnen ging es u. a. um Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen im Grenzge-

biet, um Elbestaustufen, Nationalpark, soziale Fragen und die Entwicklung der EU.

Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Porsch bilanzierte: Wir sind uns mit den Gesprächspartnern einig, dass vollständige Arbeitnehmer-Freizügigkeit und Einführung eines Mindestlohns auf deutscher Seite die vernünftigste Lösung ist. Daher werden wir erneut auf eine Bundesratsinitiative für Mindestlöhne drängen und die Regierung auffordern,

sich für eine Beendigung der Abschottung gegenüber tschechischen Arbeitnehmern einzusetzen. Die bestehenden Regelungen nützen nur dem mobilen Kapital, das dorthin zieht, wo Arbeitskräfte am billigsten sind.

Zum Thema Elbestaustufen wurde festgestellt, dass mit der Beschränkung auf eine statt drei Staustufen und eine geplante Fahrtiefe von 1,40 Meter Bewegung in die Diskussion kommt.

## Klagen gegen Gasversorger

LN. Die Verbraucherzentrale Sachsen hat gegen die Unternehmen Erdgas Südsachsen und Gasversorgung Sachsen Ost Klagen eingereicht, die von 636 Verbrauchern unterstützt werden. Die Unternehmen hatten im Sommer angekündigt, ihre Preise um 13 bzw. 15,9 Prozent zu erhöhen. Nach Auffassung der Verbraucherzentrale sind die Preiserhöhungen jedoch nicht ausreichend begründet worden. Der Verweis auf gestiegene Weltmarktpreise reiche nicht aus. Die Zentrale will erreichen, dass die Unternehmen ihre Preiskalkulation offenlegen. In den vergangenen Monaten sind bei der Verbraucherzentrale 1500 Beschwerden über hohe Gaspreise eingegangen.

Darüber hinaus leitete das Landeskartellamt gegen vier Unternehmen in Dresden, Eilenburg, Stollberg und Zwickau Missbrauchsverfahren ein.

## „Parasiten“-Debatte beenden!

LN. Dass der bereits entlassene Bundeswirtschaftsminister Clement als letzten Akt seiner gescheiterten Politik die Langzeitarbeitslosen in unflätiger Weise als Schmarotzer beschimpft und sich dem Politiker anschließen, die künftig Verantwortung tragen wollen, lässt laut MdL Dietmar Pellmann (Linkspartei) für Empfänger von ALG II und Schlimmes befürchten. Ohne seriöse Datenbasis werde behauptet, dass 20 Prozent eigentlich gar keinen Anspruch auf staatliche Leistungen hätten. Entsprechende Vorschläge für Gesetzesänderungen sollen den Boden für weiteren Sozialabbau bereiten. Besonders niederträchtig sei es, Menschen als Parasiten zu beleidigen, die nichts anderes getan haben, als geltendes Recht und Gesetz zu nutzen.

### 18. Oktober

**Dresden.** Innenminister de Maizièr stellt einen Expertenbericht zur Verwaltungs- und Kreisreform vor. Der Präsident des Sächsischen Landkreistages, Andreas Schramm, äußert zur geplanten Kreisreform: „Wir können die zwingende Notwendigkeit für diesen Schritt nicht erkennen.“

**Oschatz.** Das Amtsgericht spricht den suspendierten Wermisdorfer Bürgermeister Bernd-Dieter Lehmann trotz gegenteiliger Zeugenaussagen von einem Betrugsvorwurf frei. Gegen ihn wurde in weiteren 31 Punkten Anklage erhoben.

### 19. Oktober

**Dresden.** Die Landtagsfraktionen von Linkspartei, SPD und FDP sprechen sich entgegen den Vorschlägen der von Minister de Maizièr eingesetzten Expertenkommissionen für die Abschaffung der Regierungspräsidien aus.

### 20. Oktober

**Zittau.** Der Stadtrat lehnt den Vorschlag ab, die finanzielle Förderung des Gerhart-Hauptmann-Theaters vollständig zu streichen. Nun sollen die Reduzierung

## SACHSEN-CHRONIK

18. bis 31. Oktober

der Personalkosten in den kommenden Jahren und die Gewinnung von Förderern die weitere Arbeit sichern.

### 21. Oktober

**Borna/Leipzig.** Die Staatsanwaltschaft erhebt nach vierjährigen Ermittlungen Anklage gegen den früheren Geschäftsführer des DRK-Kreisverbandes Borna wegen vielfacher Untreue und Betrugs, größtenteils im besonders schweren Fall. Für Bauarbeiten an seinem Privathaus soll er DRK-Personal eingesetzt haben. Abrechnungen gegenüber dem Rettungszweckverband habe er gefälscht.

### 22. Oktober

**Stollberg.** Der für 2006 geplante Ausbau des Gemeinschaftswerkes von Volkswagenkonzern und Siemens findet nicht statt, da die Produktion von Einspritzsystemen für Dieselmotoren auf eine andere

Technik umgestellt wird.

**Helbigsdorf** (Landkreis Freiberg). In der Nacht zum Sonnabend brennt ein Asylbewerberheim nieder. Die etwa 25 Bewohner können sich unverletzt retten.

**Zwickau.** Zollfahnder und Polizei haben einen Drogenhändlerling aus dem Raum Annaberg-Buchholz zerschlagen. Fünf Männer und eine Frau werden verhaftet.

### 24. Oktober.

**Leipzig.** Der Chef der Arbeitsagentur, Dr. Meyer, kündigt einen zusätzlichen Arbeitskräften in der Region für die Fußball-WM an, dämpft aber Erwartungen hinsichtlich dauerhafter Stellen.

### 26. Oktober

**Dresden.** Linksfraktion-Vorsitzender Porsch sagt einen geplanten Vortrag zum

Thema „Linke, Heimat, Vaterland“ bei der Burschenschaft Cheruscia ab. Er sei nicht bereit, sich an ein Pult zu stellen, von dem aus in einem Vortrag nach ihm die Kriegsverbrecher-Prozesse in Frage gestellt werden.

### 26. Oktober

**Dresden.** Justizminister Mackenroth sieht sich breiter öffentlicher Kritik ausgesetzt, weil seine Ehefrau als Mittelschullehrerin Beamtenstatus erhielt, was ansonsten im Freistaat nicht üblich ist.

### 28. Oktober

**Pirna.** Die von einer ARD-Sendung ausgelöste Untersuchung gegen fünf Polizeibeamte wegen des Verdachts der Untätigkeit bei rechtsextremen Straftaten sind eingestellt worden. Die Vorwürfe hätten sich als unbegründet erwiesen.

### 30. Oktober

**Dresden.** Nach elf Jahren des Wiederaufbaus wird die Frauenkirche, die im Zweiten Weltkrieg wie die gesamte Innenstadt zerstört wurde, geweiht und wiedereröffnet. Zehntausende Menschen nehmen an der feierlichen Veranstaltung auf dem Neumarkt teil. (Siehe oben.)

Am 12. November 2005 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem die ersten Freiwilligen der Bundeswehr in die Bonner Ermekeil-Kaserne einrückten. Offiziell galt dies bisher als Gründungsdatum.

Ein verdrängtes bzw. geklittertes Thema ist der Aufbau der Bundeswehr durch Generale und Offiziere, die noch wenige Jahre zuvor Hitler und seinem verbrecherischen System in einem mörderischen Krieg bis zum schmachvollen Ende gedient hatten. Schon wenige Monate nach der totalen militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands bearbeiteten ehemalige

Von **HARRY PURSCHE**

Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht in der deutschen Sektion der „Historical Division“ der US-Armee ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Sowjetarmee. Darunter u. a. die Generale Halder und Manstein. Bereits im Juli 1945 forderte der spätere NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Graf Kielmansegg, in einer Denkschrift die Aufstellung eines deutschen Korps zur „Wahrung einer gewissen Kontinuität“. 1948/49 fertigten die Generale Heusinger, Speidel u. a. Studien über die militärische Aufrüstung Westdeutschlands für K. Adenauer. So vorbereitet, konnte dieser in einem Interview am 30. November 1949 die Bereitschaft zur Aufstellung eines westdeutschen Kontingents für eine europäische Armee erklären.

Eine in ihrer Bedeutung immer wieder heruntergespielte Tatsache ist die so genannte Himmeroder Tagung von 15 ehemaligen Hitlergeneralen/Admiralen und Offizieren im Oktober 1950. Hier wurden die Leitlinien für den Aufbau der BRD-Streitkräfte einschließlich der Inneren Führung, unter der Bezeichnung

„neue Wehrmacht“ erarbeitet. Darüber hinaus wurden in der dort verfassten Denkschrift politische Forderungen zur Rehabilitierung der Wehrmacht gestellt, die mit der Ehrenerklärung Adenauers für alle Waffenträger auch prompt erfüllt wurden. Wenn der damalige Leiter des Amtes Blank vor dem Bundestag erklärte, „... wir müssen Streitkräfte aus dem Nichts heraus aufbauen“, so war das eine Irreführung des Bundestages. 1958 dienten 12 900 ehemalige Offiziere der faschistischen Wehrmacht in der Bundeswehr. Schon zwei Jahre vorher waren mehr als 10 000 Angehörige der mobilen Bundespolizei in die Bundeswehr eingetreten.

# 50 Jahre Bundeswehr

... und der „Staatsbürger in Uniform“ hat ausgedient. Gebrauch wird ein „archaischer Kämpfer, der den High-Tech-Krieg führen kann“

Von den 50 Jahren Bundeswehr waren 48 Jahre durch die Teilhabe an Nuklearwaffen geprägt. Nur 12 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bekamen Angehörige der Gründergeneration durch die nukleare Teilhabe Mitverfügungsgewalt über eines der furchbarsten Waffensysteme.

Das sind noch heute 20 Atombomben mit jeweils etwa der zehnfachen Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, die in Büschel unter Verschluss lagern. Als Kernwaffen-träger verfügte die Bundeswehr anfänglich über den *Starfighter*, wegen seiner technischen Unzuverlässigkeit auch „Witwenmacher“ genannt, den später der *Tornado* ablöste. Er gehört noch heute zum Bestand der Bundesluftwaffe.

Doch darauf beschränkte sich die nukleare Verfügbarkeit der Bundeswehr keines-

den Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen ... Die taktischen Waffen sind nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie ...“ Dem „besten Deutschen“ scheint es dabei wenig berührt zu haben, dass diese „Weiterentwicklung“ keine Sache der Reichweite, sondern eine von Mega-Toten sein könnte.

Noch 1989 war u. a. Dresden als fiktives Ziel für einen Kernwaffenschlag bei der NATO-Übung „Wintex“ ausersehen.

Die massiven Proteste in der Bevölkerung der (Alt-) BRD seit 1957 unter der Losung „Kampf dem Atomtod“ konnten diese Entwicklung ebenso wenig stoppen, wie wenige Jahre zuvor die Remilitarisierung

Eingebunden in die NATO, bleibt die atomare Option der Bundeswehr 15 Jahre

gegangen. Der Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan – niemand erfährt, was sie dort tun – sowie der Flotenaufmarsch am Horn von Afrika folgten.

Die Bundeswehrreform und die Verteidigungspolitischen Richtlinien verheißen auch für die Zukunft nichts Gutes. Denn der Kampf gegen den Terrorismus ist weder mit den Fregatten der *Sachsen*-Klasse noch mit dem Eurofighter oder den geräuscharmen U-Booten zu führen und zu gewinnen. Asymmetrische Bedrohungen wie Sprengstoffanschläge, Flugzeugentführungen oder Angriffe mit biologischen und chemischen Kampfstoffen lassen sich damit nicht erfolgreich abwehren. Wofür dann dieses militärische Großgerät?

Die der Bundeswehr ebenfalls gestellte Aufgabe der Sicherung des freien Zugangs zu den Rohstoffressourcen und Absatzmärkten im Interesse der deutschen Wirtschaft, klingt eher nach Angriff und Präventivschlag. Schon wird diskutiert, ob Krieg als letztes Mittel „wirklich zeitlich gemeint sein soll“ und, diesem Gedanken folgend, so beantwortet, dass man die Streitkräfte viel früher in die „Gestaltung der Politik“ einbeziehen müsse. Demaskierend die Charakterisierung des Bundeswehrsoldaten der Zukunft als „archaischen Kämpfer ...“, der den High-Tech-Krieg führen kann“. So der Inspekteur des Heeres Generalleutnant Hans-Otto Budde. Man müsse sich den künftigen Soldaten als eine Art Kolonialkrieger vorstellen, der fern der Heimat handeln muss, denn eine „neue Zeit in der Militärstrategie und Taktik“ verlange auch einen neuen Soldatentypen „sui generis“, was so viel heißt wie „eigener Art, eine eigene Klasse bildend“. Der Staatsbürger in Uniform habe ausgedient, sekundiert ein Kollege.

Hier schließt sich wieder der Kreis zur ersten Problematik: Die hauptsächlich aus der faschistischen Wehrmacht hervorgegangene Gründergeneration der Bundeswehr belastet diese trotz Innerer Führung, parlamentarischer Kontrolle, feierlicher Gelöbnisse u. a. m. bis heute. Es sind nicht nur die Traditionen des deutschen Militarismus, die nach wie vor gepflegt werden, es ist sein Geist.

## Sanitäter als Soldaten

Die militärische Führung der deutschen Streitkräfte verlangt vom soldatischen Sanitätspersonal bewaffnete Kampfbereitschaft und hält Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts im besetzten Afghanistan für obsolet. Bei Sanitätsbediensteten handelt es sich – ebenso wie bei Feldgeistlichen – um Nichtkombattanten, die vom Dienst an der Waffe ausgenommen sind oder als Insurgenten gelten. Hingegen schreibt die Berliner Militärführung vor, dass Sanitäter die bewaffnete „Sicherung“ anderer Truppenteile zu übernehmen haben, da in Afghanistan „kein Krieg“ herrsche – ein „international einmaliger Vorgang“ der das Kriegsvölkerrecht in Frage stellt und letzte Schranken der Besatzungspolitik niederreißt.

Bereits im Januar dieses Jahres bestätigte das Potsdamer Einsatzführungskommando der Bundeswehr auf Anfrage des parlamentarischen „Wehrbeauftragten“, dass „keine völkerrechtlichen Bedenken“ gegen den „Einsatz von Sanitätspersonal im Streifen-dienst im Einsatzland Afghanistan“ bestünden. **nach: german-foreign-policy.com**

wegs. So gehörten zu ihrer Bewaffnung das atomare Boden-Luft-Abwehrsystem *Nike-Herkules*, das auch als Boden-Boden-Rakete einsetzbar war. Es wurde später gegen modernere, nichtnukleare Waffensysteme ausgetauscht. Darüber hinaus existierten und existieren Artillerie- und Raketensysteme kurzer und mittlerer Reichweite, die Kernmunition verschießen können.

Pioniere der Bundeswehr trainierten den Einsatz von Atomminen, die nicht zwischen feindlichen Panzern und der eigenen Zivilbevölkerung zu unterscheiden vermögen. Bezeichnend die Beschwichtigungsversuche des damaligen Bundeskanzlers Adenauer am 5. April 1957: „Unterschei-

nach Beendigung des Kalten Krieges immer noch erhalten. Wann endlich verschwinden diese Waffen von deutschem Boden und werden die Festlegungen des Kernwaffen-Sperrvertrages bzw. des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen auch von der BRD buchstabengetreu erfüllt?

Mit dem Anspruch, die größer gewordene BRD müsse sich der ebenfalls gewachsenen internationalen Verantwortung stellen, vollzieht sich unter dem Begriff Militärreform eine verhängnisvolle Entwicklung.

Mit der Beteiligung am NATO-Überfall auf Jugoslawien ist seit 1945 erstmals wieder Krieg von deutschem Boden aus-

Das sozialistische Kuba hat viele Freunde, auch in Leipzig. Einige von ihnen haben sich am Nachmittag des 22. Oktober 2005 im Klubraum Messemagistrale eingefunden. Der Name stammt noch aus der Zeit, als das Wohngebiet Straße des 18. Oktober an der Peripherie des nunmehr alten Messegeländes entstand.

An der Stirnseite des großen, freundlichen Raumes hat der Singeclub *Ernesto Che Guevara* aus Dresden seine Technik aufgebaut. Die Gruppe besteht schon seit 30 Jahren und hat sich auch nach dem Zusammenbruch der DDR nicht unterkriegen lassen. Im zweiten Teil der Veranstaltung wird sie mit politischen Liedern wie *Venceremos* überraschen. Eingeladen haben *Cuba si* Leipzig und die *Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen* zum Thema: „Kuba – neue Chancen, neue Gefahren“; der Referent ist Harri Grünberg, Lateinamerika-Experte der PDS.

Die Linkspartei, so Grünberg, wird sich im Bundestag für eine neue Kuba-Politik der Bundesregierung stark machen. Die Regierungskoalition Rot-Grün hat 1998 vor den anmaßenden Ansprüchen der USA gegenüber Kuba kapituliert. Jetzt gilt es zu erreichen, dass die un-

menschliche Blockadepolitik der USA gegen Kuba nicht weiter unterstützt wird. Dazu reicht die parlamentarische Arbeit allein aber nicht aus. Es ist nachhaltiger Druck aller linken politischen Bewegungen notwendig. Im Februar 2006 ist die Reise einer Abordnung der Fraktion zu Gesprächen nach Kuba geplant, im Mai/Juni wird es

In diesem Zusammenhang sind eine stabile Situation in Venezuela (lebenswichtige Erdöllieferungen an Kuba) und das weitere Engagement Chinas in Lateinamerika von großer Bedeutung.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass auch viele Zuhörer große Hoffnungen in die Volksrepublik China setzen, die an einer unabhängigen prosperierenden Entwicklung der lateinamerikanischen Länder in beiderseitigem Interesse interessiert ist.

Die Mitglieder von *Cuba si* Leipzig sind nicht mit leeren Händen zur Veranstaltung gekommen. Eine Genossin berichtet, dass 1000 Euro für drei

Milchprojekte in Kuba überwiesen wurden. 35 Fahrräder, 2 Tonnen medizinische und technische Ausrüstung sowie eine Wasseraufbereitungsanlage und ein Herd für einen Kindergarten sind auf dem Weg nach Kuba.

Das sozialistische Kuba hat viele Freunde, auch in Leipzig. **• MANFRED BOLS**

**Cuba si**  
La Solidaridad  
es la ternura de los pueblos

## Für eine faire Politik gegenüber Kuba

eine große Kuba-Konferenz geben.

Kuba befindet sich aufgrund der Politik der USA immer noch in einer Situation des materiellen Notstandes. Die Menschen stimmen zwar in ihrer Mehrheit mit dem Kurs Fidel Castros überein und das Beispiel Kuba wirkt vor allem hinsichtlich seiner Sozial- und Bildungspolitik als Vorbild, aber sie erwarten auch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Eine weitere Realisierung des selbstbestimmten Weges Kubas hängt stark ab von der Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Umfeldes des Inselstaates.

*P.S.: Die letzten Hurrikans haben unvorstellbar auf der kubanischen Insel gewütet, auch wenn das in den derzeitigen Nachrichten kaum erwähnt wird. Das Land, das Volk braucht Solidarität, mehr denn je ...*

Gründung der  
Volkssolidarität  
im ersten  
Nachkriegswinter

Rückblick und  
Vorschau

Der Ort konnte nicht besser gewählt sein, als sich am 15. Oktober Tausende Ehren- und Hauptamtliche der Volkssolidarität zu einer Festveranstaltung im Dresdner Kulturpalast zusammenfanden.

Fast auf den Tag vor 60 Jahren, am 17. Oktober 1945, berieten in Dresden Vertreter des Blocks der Antifaschistisch-Demokratischen Parteien Sachsens, vom Landesausschuss des FDGB und der Landeskirche, wie die Not nach dem verheerenden Krieg zu lindern und der Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen sei. Hermann Matern, Otto Buchwitz, Johannes Dieckmann, Martin Richter und Dr. Schädelberg – um nur einige zu nennen – wandten sich „an alle Männer, Frauen und Jugendlichen Sachsens“ mit dem Appell „Volkssolidarität gegen Wintersnot“. Überall, in Kreisen, Städten und Dörfern sollten Ausschüsse der Volkssolidarität gebildet werden, um vor allem Alten, Kranken und Kindern zu helfen, die schwere Zeit des Nachkriegswinters zu überstehen. Dieses Bündnis und die daraus entstehende große Bewegung war zugleich ein Bekenntnis für Frieden, gegen jegliche Art von Kriegen und Vernichtung.

### Fürsorge galt vor allem den Kindern

Da es nach dem Krieg an allem fehlte, waren vielseitige Hilfe und Zupacken gefragt. Wärme- und Nähstuben wurden eingerichtet. Bahnhofsdienste halfen Umsiedlern und heimkehrenden Kriegsgefangenen. Aber die Sorge galt den Kindern. Die Älteren erinnern sich sicher, wie aus den zerbombten Städten Kinder auf Bauernhöfe, ins Erzgebirge oder an die See geschickt wurden, um einige Wochen unbeschwertes Kindsein leben zu können. Allein im Jahr 1946 betreute die Volkssolidarität innerhalb ihrer Aktion „Sommerfreude allen Kindern“ 245 000 Jungen und Mädchen. Von 1946 bis 1948 kamen auch Kinder aus dem Ruhrgebiet zu uns, bis weitere Einladungen abgelehnt wurden. Der Kalte Krieg warf Schatten.

Groß war die Unterstützung, die die Volkssolidarität erhielt. Bergarbeiter gaben einen Teil ihrer Deputatskohle. 60 000 Zentner Briketts wurden an Kinder-, Alten-, Erholungsheime und Krankenhäuser verteilt. Die Leipziger Friseurinnung beschloss auf ihrer Sitzung im Januar 1947, 5000 Gutscheine für Haarschneiden und -waschen an Mittellose auszugeben. Der Kreisausschuss Leipzig organisierte 60 000 Weihnachtsbäume, und Sachsen-Anhalt veranstaltete 1947 eine Weihnachtsschau, die 40 000 Spielsachen einbrachte. Belassen wir es mit den wenigen Beispielen, denn das ist durch die Jahrzehnte so geblieben, wenn sich auch die Aufgaben veränderten.

# Eine sehr aktive Sechzigjährige!



Protestaktion „Gegen soziale Demontage – für soziale Gerechtigkeit“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin 2004

### Von wegen „verordnete Solidarität“

Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, würdigte in seiner Festansprache auch und vor allem das Wirken in der DDR als ein Tätigsein für echtes soziales und mitmenschliches Engagement. Und er sagte, dass die „unseligen Begriffe von einer ‚verordneten Solidarität‘ und dem ‚verordneten Ehrenamt‘ endgültig in die Schublade gelegt werden“. Diese Behauptungen, so Prof. Winkler, werden auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger und stellen eine Entwürdigung der vielen Tausend Volkshelfer dieser Zeit dar.

### Zusammenstehen trotz falscher Propheten

Seit 1989 hatte sich die Volkssolidarität auf völlig neue Bedingungen einzustellen. Und es sah fast so aus, als ob wir nur 45 Jahre alt würden. Manche haben uns dies prophezeit und zum Teil auch gewünscht. Aber dieses über Jahrzehnte gewachsene Miteinander konnte und wollte keiner wegwerfen. Und so hatten sich die „Propheten“ gründlich verrechnet.

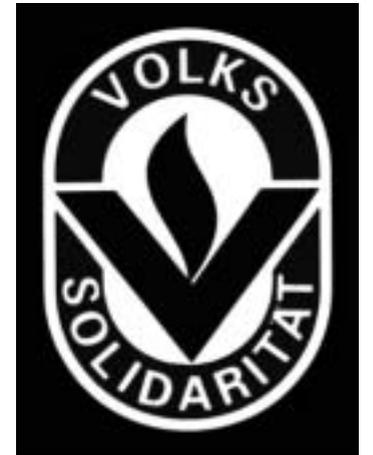
Die Volkssolidarität hat zwar Mitglieder verloren. Ganze Ortsgruppen gaben die Arbeit auf. Kassierung fand nicht mehr statt. Dennoch, die Arbeit ging unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen weiter.

Heute ist die Volkssolidarität einer der großen Sozial- und Wohlfahrtsverbände der Bundesrepublik und anerkanntes Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Sie verfügt über ein ansehnliches Spektrum an sozialen, pflegerischen, fürsorglichen und kulturellen Leistungsangeboten. Dabei sind es wieder die Kinder, denen besondere Fürsorge gilt: Rund 35 000 werden in den Einrichtungen der Volkssolidarität betreut, ebensoviele wie ältere Menschen in den Sozialeinrichtungen.

Auf einige soziale Einrichtungen aber würde wohl jeder gern verzichten: auf Suppenküchen und Obdachlosenunterkünfte. Aber in der heutigen Zeit gehören auch sie zu dem sozialen Netzwerk, das die Volkssolidarität geknüpft hat.

### Miteinander-Füreinander in den Wohngebieten

Über die Sozialeinrichtungen muss man sich ganz sicher keine Sorgen zu machen,



es sei denn die, wie mit beispielhafter Arbeit die Basis zu festigen und der Zuspruch stetig zu verbreitern ist. Anders ist es wohl um die Arbeit der Ortsgruppen bestellt. Sie ist unverzichtbar, um mit einem vielseitigen Kultur- und Bildungsangebot der Vereinsamung in den Wohngebieten entgegen zu wirken. Die Menschen werden immer älter, und die Gesellschaft wird immer kälter. Umso wichtiger ist deshalb das „Miteinander-Füreinander“.

Ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Unsere Ortsgruppe 727 in Leipzig-Grünau bietet ihren Mitgliedern vielseitige Möglichkeiten zum Mittun – jeden Monat eine interessante Veranstaltung, Halbtages-, Tages- und Mehrtagesfahrten mit dem Reiseklub der Volkssolidarität. Ein enger Zusammenhalt ist über die Jahre gewachsen. Dabei sind die Bedingungen für eine niveauvolle und kontinuierliche Arbeit nicht leichter geworden. Es fehlt vor allem an Versammlungsräumen. Deshalb Dank an verständnisvolle Gastronomen, die uns ein Dach über dem Kopf geben. Dank an unsere Referenten und an Künstler, die nicht nach großen Gagen fragen. Dank vor allem aber an unsere ehrenamtlichen Mitstreiter, die den Kontakt zu den Mitgliedern halten und Hilfe organisieren, wenn Not am Mann (oder an der Frau) ist.

Aber dies ist nicht in jedem Ortsgebiet so. Das soziale Netz der Volkssolidarität ist löchriger geworden. Unsere Mitglieder werden älter, und die Jüngeren haben eine etwas andere Sicht auf die Verbandsarbeit. Ob es Vereinsverdrossenheit ist oder andere Argumente sind – der Zustrom zur Volkssolidarität ist trotz mancher Werbeaktionen eher ein dünnes Rinnsal, obwohl der Monatsbeitrag von zwei Euro vergleichsweise gering, wenn auch notwendig ist.

### Eine große Koalition der Betroffenen

Unter Beifall forderte Prof. Winkler in Dresden, der „großen Koalition der sozialen Demontage“ eine große Koalition der Betroffenen entgegenzusetzen. Auch deshalb ist in den kommenden Jahren ein starker Verband von Nöten, der die Belange der älteren Menschen, der älteren Arbeitslosen, von in Armut lebenden Familien und Kindern offensiv vertritt. Es gibt also viele gute Gründe, Mitglied der Volkssolidarität zu sein oder zu werden.

### Die Arbeit der Volkssolidarität im Jahr 2004 in Zahlen und Fakten

- Ca. 360 000 Mitglieder in 4616 Mitglieder- bzw. Ortsgruppen und 14250 hauptamtliche Mitarbeiter
- Mehr als 33 000 ehrenamtliche Mitarbeiter leisten mit jährlich ca. 5,9 Millionen Stunden eine soziale Wertschöpfung von rund 45,6 Millionen Euro.
- In den 617 Begegnungsstätten wurden 113 559 Veranstaltungen mit über 2,2 Millionen Besuchern durchgeführt.
- 147 ambulante sozial-pflegerische Dienste und mobile Hilfsdienste sowie 35 Einrichtungen der Tagespflege und 44 Einrichtungen der stationären Pflege und Altenhilfe sichern jeden Monat die Betreuung für 25 000 Menschen.
- 365 Kindertagesstätten mit über 34 000 Plätzen leisten anerkannte Arbeit.
- Außerdem gibt es 13 Kinder- und Jugendheime sowie 64 Freizeit- und Erholungseinrichtungen für Jugendliche.
- Mit 6542 Wohnungen im Osten Deutschlands hat der Verband eine führende Position beim „Wohnen im Alter“.

• GISELA BOLDT,  
Vorsitzende der VS-Ortsgruppe 727

## Nobelpreis für Literatur 2005

## Wer zum Teufel ist Harold Pinter?

Die schwedische Akademie hat kurz vor der Frankfurter Buchmesse den britischen Dramatiker Harold Pinter (Jg. 1930) mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet und damit für eine ähnliche Überraschung gesorgt, wie im vergangenen Jahr, als sie ihn Elfriede Jelinek zuerkannte. Danach rauschte es wieder konträr im Blätterwald – mit Für und Wider und der Zorn des Feuilletons der FAZ war dem Komitee erneut gewiss.

Beim Rowohlt Verlag, dem deutschen Hausverlag von Harold Pinter, wurde die Verleihung des Preises mit großer Freude aufgenommen. „Wir sind wirklich glücklich und gönnen ihm das von Herzen“, sagte die Verlagsmitarbeiterin Helga Jensen bescheiden der FAZ, während die Geschäftsführung eine vielfache Erhöhung der gerade aktuellen Auflage seiner Stücke bekanntgab. In einer zum „Home von Harry Potter“ umbenannten Buchhandlung Leipzigs kann man bereits vier verschiedene Broschüren, gekennzeichnet mit dem Nobelpreisauflöcher, erwerben. Auch Bibliotheken sind Seismographen für literarische Überraschungen. In der Stadtbibliothek Leipzig waren zwei Tage nach der Entscheidung bereits sämtliche Bücher des Autors ausgeliehen.

Pinter sei ein Autor, so heißt es in der Begründung der Jury, der „in seinen Dramen den Abgrund unter dem alltäglichen Geschwätz freilegt und in den geschlossenen Raum der Unterdrückung einbricht“. Seine einmalige Stellung als moderner Klassiker werde auch dadurch veranschaulicht, dass aus seinem Namen ein Adjektiv gebildet worden sei, „das eine gewisse Stimmung und ein gewisses Milieu in Theaterstücken beschreibt, nämlich: 'pinteresque'.“

Harold Pinter hat einmal ironisch erklärt, es ginge in seinen Dramen um „das Wiesel unter der Hausbar“.

Mit dieser Verlautbarung verteidigte er sich gegen die Versuche der Literaturkritik, in seine Stücke allerlei hinein zu deuten, verstärkte aber gleichzeitig die Verwirrung unter den Literaturwissenschaftlern.

Der Autor reflektiert in seinen 29 Bühnenwerken den Alltag, wirkliche Menschen, ihre Sprache und ihre Gefühle. Seine Methode ist es, die Dialoge, die mit überraschenden Wendungen gespickt sind, durch rätselhaftes Schweigen und Pausen zu unterbrechen. Auch das Verhalten der Akteure bleibt manchmal geheimnisvoll. Enge Zimmer, wenige Personen und Kurzauftritte von bedrohlichen Fremden sind weitere Stilelemente.

Weltruhm erlangte er Anfang der 60er Jahre mit „Der Hausmeister“. Es folgten rund drei Jahrzehnte, in denen der Autor sein Publikum immer wieder mit verstörenden Werken irritierte, aber zugleich für große Theaterabende sorgte.

Seit Ende der 80er Jahre trat er immer mehr mit politischem Engagement ins Rampenlicht. Ob es um die Bombardierung Serbiens durch die NATO, den Golf-Krieg, die Rechte der Kurden oder den Krieg von Bush und Blair im Irak ging – er stand bei Demonstrationen oder Eingaben an die Regierung oft in vorderster Reihe.

Harold Pinter hat also nicht nur mit seinen Dramen, sondern auch in seinem öffentlichen Auftreten „den Abgrund unter dem alltäglichen Geschwätz freilegt“.

• M. B.

Von **MANFRED BOLS**

Herzlichen Glückwunsch zuerst den Frankfurter Gastronomen, denn sage und schreibe 12 000 Journalisten sollen nach Auskunft des MDR-Aktuell-Moderators Brückner (Kennzeichen – permanent feixend) in Wort und Bild(ern) von der Frankfurter Buchmesse berichtet haben. Die Ziffer passt zu den gigantischen Zahlen, die über die Messe und ihre ausufernde Bücherflut bekannt gegeben wurden.

## Harry Potter trifft Papst

Entfesselte Medien sorgten für eine umfangreiche Berichterstattung über die 57. Frankfurter Buchmesse

370 000 Titel wurden auf der Messe ausgestellt, „darunter allerdings (zu) viele oberflächlich recherchierte, schlecht geschriebene, schlampig lektorierte, höchst überflüssige Bücher“, wie Gisela Hoyer in der LVZ schrieb. Beispiele nannte sie nicht. Sie bildeten freilich ein unendliches Reservoir für Rezensionen, mit denen die Zeitungsleser in zahlreichen Literatur-Beilagen eingedeckt wurden. 50 ausführliche Buchbesprechungen lieferte allein das ND, wobei hier hervorhebenswert ist, dass sich das Blatt anspruchsvollen und politisch aktuellen Werken widmete.

Mehr als 7200 Aussteller aus 101 Ländern nahmen an der Buchmesse teil, unter ihnen auch viele kleinere Verlage. „Das Buch lebt“, schrieb Georg Giersberg dazu in der FAZ, „aber vom Buch können gerade die traditionellen Verlage

und Buchhändler immer weniger leben.“ Der Buchhandel steht insgesamt unter Druck, weil sich dort immer stärker die Buchhandelsketten breitmachen, die mit niedrigen Preisen locken. Dazu gehört zum Beispiel in vorderster Linie die Buchhandelskette *Weltbild plus*, die demnächst ihr 300. Geschäft in Deutschland eröffnen wird. Das Ziel sind 350 Läden. Die Dresdner Konkurrenz *Elbeteam* will gar mehr als 450 Filialen eröffnen. Die Ketten binden immer mehr Nachfrage. Schon heute wird jedes zehnte Buch in Deutschland im Augsburger Medienhaus *Weltbild* gekauft, entweder in den Läden, die man gemeinsam (50:50) mit *Hugendubel* betreibt,



oder per Bestellung im Versandhaus *Weltbild*.

Fast eine Milliarde Bücher wurden im vergangenen Jahr auf den Markt geworfen. „Der Umsatz der Branche ist gestiegen“, so Giersberg, „und in diesem Jahr

werden Harry Potter, die Papst-Bücher und die Zeitungseditionen dafür sorgen, daß die Umsätze das hohe Niveau mindestens halten.“ Schade, dass neben Schröder, Merkel und Fischer auch der Papst die Messe nicht besuchte. Bei einigem verkäuferischen Geschick hätte man vielleicht ein sensationelles Foto arrangieren können – Benedikt mit einem Harry Potter in der Hand.

Über die Büchershow zu informieren, ist für die Medienleute angesichts der bunten Vielseitigkeit nur hinsichtlich der Wahl der Themen und Schlagzeilen ein Problem gewesen. Das sogenannte Mega-Event war akkurat bis chaotisch organisiert, die Stimmung positiv und zweckoptimistisch und das Drumherum angenehm, wenn auch teuer. Von einer Verlegung der Buchmesse in eine andere Stadt wegen der Abzocke von Ausstellern und Besuchern durch das Frankfurter Dienstleistungsgewerbe war indes kaum noch die Rede.

Einige Journalistinnen beklagten ihre Füße und betonten die Bedeutung bequemer Schuhe für das Herumhetzen in den großen Ausstellungshallen. Das wertete ihre Beiträge natürlich auf.

Fragen wurden gestellt und versucht zu beantworten. Brauchen wir noch eine Buchmesse?

Was ist Lesekultur? Brauchen wir Literaturpreise? Darf ein Schriftsteller politisch sein?

Das Spektakel um die Verleihung der Buchpreise an Arno Geiger und Orhan Pamuk warf die Frage auf, ob das Buch überhaupt noch im Mittelpunkt steht.

Die Leipziger sind stolz darauf, dass sich Frankfurt hinsichtlich der Nähe zum Leser einiges von ihrer Messe abgucken hat. 280 000 Interessenten kamen an den fünf Messetagen auf das Frankfurter Messegelände. Eine Befragung von Besuchern und Ausstellern bestätigte eine insgesamt positive Stimmung. Und das Geschäft, das Hauptmotiv für die Veranstaltung solcher gigantischer Messen, boomte. (Auf der Messe kann man z. B. alle ausgestellten Bücher zum Ladenpreis kaufen.) 95 Prozent der Aussteller sprachen von einer insgesamt erfolgreichen Messe.

Über die Zahl der verzehrten Bratwürste gab es keine Angaben, schließlich sollte ja das Buch im Mittelpunkt stehen. Es wird übrigens von den Verlagen gemacht, der Schriftsteller schreibt den Text. Und der Leser? – Ihm blieb es nicht erspart, unter der Flut von Büchern die auszusuchen, die ihn ansprechen. Die Arbeit der 12 000 Journalisten hat ihm dabei hoffentlich geholfen.

### WISSENSWERTES

**DER ERSTMALS VERLIEHENE DEUTSCHE BUCHPREIS** ging an den Österreicher Arno Geiger für sein Buch „Es geht uns gut“ (Hanser). Man nennt ihn inoffiziell den Buchpreis von Frankfurt, denn er sollte ursprünglich zur Leipziger Buchmesse verliehen werden, wurde aber dann für Frankfurt reserviert. Die Leipziger schufen darauf den Preis der Leipziger Buchmesse, der im März an Terézia Morras („Alle Tage“) ging.

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wurde dem türkischen Autor Orhan Pamuk zuerkannt. 1997 hatte ihn schon einmal ein türkischer Menschenrechtler erhalten: Yasar Kemal.

**GASTLAND DER BUCHMESSE WAR DIE REPUBLIK KOREA.** Die Demokratische Volksrepublik Korea war ebenfalls eingeladen worden, hatte aber abgelehnt. 2006 wird Indien Gastland sein.

**IN DEUTSCHLAND EXISTIEREN DREI VERLAGSRIESEN**, die jeweils im Jahr mehrere hundert Millionen Euro umsetzen. An der Spitze steht die Bertelsmann-Gesellschaft Random House mit den Marken Bertelsmann, Goldmann, Blanvalet, Blessing, btb, Siedler, Heyne, DVA und Manesse. Es folgen die Holtzbrinck-Gruppe mit den Buchverlagen Rowohlt, Fischer und Droemer und das schwedische Verlagshaus Bonnier (Ullstein, Piper, Carlsen, ars-Edition und Thiemann). Die internationale Rangliste der Buchverlage wird angeführt von Reed Elsevier aus Holland, Thomson aus Kanada, McGraw Hill aus den Vereinigten Staaten, Pearson aus England und Wolters Kluwer aus den Niederlanden, die alle auch in Deutschland vertreten sind.

**IN DEUTSCHLAND GIBT ES 4 MILLIONEN „FUNKTIONALE“ ANALPHABETEN.** Der Bundesverband Alphabetisierung e.V. hat es sich zum Ziel gesetzt, das Lesen und Schreiben in der Erwachsenenbildung zu fördern. Auf der Buchmesse war er mit seinem Alfa-Mobil vertreten und machte durch verschiedenen Aktionen auf sich aufmerksam.

„EIN TAG OHNE LESEN IST WIE EIN TAG OHNE WASSER“ – Koreanisches Sprichwort

## Poesiepreis für Volker Braun

LN. Volker Braun erhielt am 19. Oktober den angesehensten serbischen Poesie-Preis „Goldener Schlüssel von Smederevo“. Zu diesem Anlass erscheint eine Auswahl seiner Gedichte – *Das Magma in der Brust des Tuareg* – in der Übersetzung von Zlatko Krasni.

Der 1939 in Dresden geborene und mit dem Georg-Büchner-Preis (2000) ausgezeichnete Autor sei ein „großer poetischer Denker“, einer der größten deutschen Dichter der Gegenwart, dessen Ideale der kompromisslose Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit seien, heißt es in der Preisbegründung.

Frühere Preisträger des internationalen Poesie-Festivals „Der Dichter-Herbst“ von Smederevo waren u. a. Sándor Weöres, Miodrag Pavlovic, Peter Handke und Yves Bonnefoy.

Bei der Preisverleihung sagte Braun: „Jetzt sehe ich mit Genugtuung, dass die Brücke in Novi Sad wieder aufgebaut ist. Auch die Literatur schlägt Brücken zwischen den Ufern unserer Hoffnung, zwischen den Kontinenten der Möglichkeiten. Sie baut auf dem Boden des Sinnlich-Konkreten, des Irdisch-Wahrhaftigen. Die Poesie, in tragischen und verwirren Zeiten, besinnt sich auf das elementare Leben, das menschliche Miteinander, die Möglichkeit des Daseins. Das ist ihre Form des Widerstands gegen imperiale Gewalt und nationale Zwierracht. Es ist ihre vornehmste Pflicht, den Frieden zu denken.“

Flusspferde, Büffel und Giraffen, Antilopen und Elefanten bevölkerten vor rund 50 Jahren deutschlandweit die Kinos. Die Kameraeinstellungen des Tierforschers Dr. Bernhard Grzimek bezeugten die Leidenschaft eines Forschers, „den Tieren ihren Platz zu sichern“. Er fiel damit im wahrsten Sinne den Profitjägern in den Arm und machte sie sich zu Feinden. Sein Dok-

Von **MICHAEL ZOCK**

Film: *Kein Platz für wilde Tiere* wurde ein noch heute oft und gern gesehener Welterfolg. Über viele Jahre lang blieb im Deutschen Fernsehen Grzimek auch ein Sinnbild für die von ihm beförderte, mitunter recht umstrittene Vermenschlichung des Tieres. Beim Konkurrenten Deutscher Fernsehfunk in

## Das Gewandhaus läutete das Mozart-Jahr ein

Aus der Fülle musikalischer Ereignisse des Oktobers auszuwählen, hieß wichtige Konzerte auszuklammern. So sei versucht, in Knappheit Wesentliches zu benennen, beginnend mit John Crankos Shakespeare-Ballett „Der Widerspenstigen Zähmung“. Kurt-Heinz Scholze schuf dazu nach Motiven des italienischen Bach-Zeitgenossen Domenico Scarlatti in der Art von Igor Strawinskys „Pulcinella“ eine ganz dem Tanz dienende Musik.

Was Cranko vor rund 30 Jahren erfand, studierte seine damalige Assistentin Georgette Tsinguirides mit dem Leipziger Ballett so lebendig und komödiantisch ein, als sei es für diese Tänzer erdacht worden. Neben den Gästen Maria Eichwald (Katharina) und Jason Reilly erhielten die Leipziger Solotänzer und das gesamte Ballett viel Beifall. Zu mehr als passablen Spiel führte Myron Romanul das Gewandhausorchester aber nicht.

In einem Extrakonzert mit dem Dirigenten Philippe Herreweghe und dem Pianisten Andreas Staier läutete das Gewandhaus das Mozart-Jahr des vor 250 Jahren geborenen Wolfgang Amadé exemplarisch ein. An diesen Orchesterklang und dem am Originalton orientierten Spiel auf dem Steinway-Flügel müssen sich die folgenden Interpreten messen lassen. Eiji Oue erreichte dieses Niveau im Familienkonzert trotz des von Sebastian Breuninger dezent gespielten Soloparts mit dem spannungsarm gestalteten Violinkonzert A-Dur KV 219 nicht. Dmitri Kitajenko, diesmal kurzfristig für André Previn eingesprungen, gestaltete vor der opulent und klangprächtig gebotenen Alpensinfonie von Richard Strauss die Sinfonie Es-Dur KV 543 von Mozart mit beseeltem Ausdruck.

Der im Gewandhaus gespannt erwartete junge Dirigent Kristjan Järvi aus der weltweit erfolgreichen estnischen Musikerfamilie legte bei Zoltan Kodálys Pfau-Variationen wie auch bei Sergej Rachmaninows Sinfonischen Tänzen mehr Wert auf expressives Spiel – auf Kosten der musikalischen Feinheiten. Und in Gustav Mahlers „Liedern eines fahrenden Gesellen“ deckte er den sympathischen Bariton Detlev Roth über ganze Strecken mit dem undifferenziert gespielten, in der kompositorischen Anlage kammermusikalischen Orchesterpart zu.

Im 2. Rundfunkkonzert wartete Howard Arman wieder mit einer Seltenheit und zugleich einer Kuriosität auf: mit dem Requiem, das auf Anregung Giuseppe Verdis von zwölf weiteren damals angesehenen italienischen

Komponisten nach Gioacchino Rossinis Tod geschaffen, aber erst 1988 in Stuttgart uraufgeführt wurde. Wenn auch die musikalischen Einfälle von unterschiedlicher Qualität sind, wurde durch konzeptionelle Vorgaben eine erstaunliche Geschlossenheit erreicht. Die brachte Howard Arman mit dem MDR-Chor, dem Sinfonieorchester und Solisten meisterlich zum Klingen.

Immer wieder überraschen Studenten der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater durch eigene, das Studium ergänzende Projekte. Diesmal ließen der koreanische Dirigent Mo Young-Ku und das Ars Chamber Orchestra mit packenden Interpretationen der beiden Tänze für Harfe und Orchester von Claude Debussy (vorzügliche Solistin Constance Lang),

**Evelyn Richter:**

### Rückblick, Konzepte, Fragmente

„Die Kleinbahn bei Templin. Mark Brandenburg. 1970.“ von Evelyn Richter ist eines der vielen Exponate, die das Museum der bildenden Künste im Rahmen einer Werkchau bis zum 20. November präsentiert. Die 1930 in Bautzen geborene sozialkritische Fotografin untersucht in ihren Bildern die Lebensumstände ihrer Mitmenschen. In der Ausstellung werden erstmals auch ihre Farbfotografien gezeigt, die in der Sowjetunion, in Frankreich und Italien entstanden sind. Di. u. Do.-So., 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr; Ausstellungskatalog: 28,- Euro. • **D. M.**



Foto: REPRO MDBK LEIPZIG

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### Viel Platz für wilde Tiere

Berlin-Adlershof kamen zeitgleich mit Prof. Heinrich Dathe vom Berliner Tierpark und Dr. Wolfgang Ullrich vom Dresdner Zoo zwei ebenfalls weltweit geachtete Zoologen auf den Bildschirm. Prof. Ullrich forderte beispielsweise in seiner damaligen, sehr erfolgreichen Serie *Auf Tierpfaden durch Indiens Dschungel* – auch im Sinne Grzimeks – ungestörte Natur für wilde Tiere. Wolfgang Ullrich zeigte faszinierende Expeditionsbilder, die es zuvor in dieser Art und Nähe auf dem

Bildschirm nicht gegeben hatte. Das ist inzwischen alles Fernsehgeschichte, die vier Jahrzehnte zurückliegt. Aber auch noch im Jahre 2005 gilt: Tiere bringen Quote. Der Mitteldeutsche Rundfunk und der Leipziger Zoo erreichen derzeit mit *Elefant, Tiger und Co.* jeden Freitagabend Spitzenwerte in der Zuschauergunst. Bis zu achthunderttausend Seher lassen sich mitunter keine Folge entgehen. Wie zu hören ist, sind sowohl der Sender als auch der Zoo zufrieden. Und die erreichte

Popularität der Tiere und ihrer Pfleger ist inzwischen auch durch gekaufte Eintrittskarten aufzuwiegen.

Übrigens schwimmen sowohl wörtlich als auch bildlich in dieser Endlosserie wieder zunehmend die Grenzen zwischen Mensch und Tier. Sei es bei Geburtsschwierigkeiten, Todesfällen, Operationen oder Liebesnöten. Es menschtelt bei den Tieren. Mir fiel auch auf, dass bei den meisten Pflegern in der Umgangssprache die Tiere schon nicht mehr *fressen*, sondern *essen*.

Aber nicht Nörgeln ist hier angesagt, zumal die ARD nun nicht mehr *Fliege*, sondern auf dessen langjährigem Sendeplatz *Elefant, Tiger und Co.* ausstrahlt. Leipzigs Zoo präsentiert da Sachsen und ursächsische Töne bundesweit. Und so, wie die Folgen angelegt sind, könn-

der Tanzsuite von Béla Bartók und der Pastoralsonne von Beethoven aufhorchen. Dabei kam beeindruckend zur Geltung, welche gedanklichen Verbindungslinien trotz aller klanglichen Unterschiede zwischen Beethoven und Bartók bestehen. Nach Amerika führte das vom Gewandhaus veranstaltete Konzert des Landesjugendorchesters Sachsen unter der energischen Leitung von Milko Kersten. Die Höhepunkte bildeten die eingangs schwingvoll gespielte „Rhapsodie in Blue“ von George Gershwin und abschließend Antonín Dvoráks Sinfonie „Aus der neuen Welt“. Der Freude, mit der musiziert wurde, entsprach die Reaktion der zu einem großen Teil jugendlichen Konzertbesucher.

Auserlesenes war in etlichen Kammermusiken zu hören. Nach dem ersten Streichquartett von Béla Bartók zeichnete sich das Gewandhaus-Quartett mit einer ausdrucksgeballten Interpretation des höchst anspruchsvollen dritten aus. In einer weiteren Gewandhaus-Kammermusik bereitete das Sächsische Klaviertrio (Roland Fuhrmann, Veronika Starke und Hartmut Brauer) mit dem zweiten Klaviertrio von Dmitri Schostakowitsch und dem „einzigsten“ von Peter Tschaikowski nachhaltige Erlebnisse. Drei Timms, nämlich Thomas, Jürnjakob und Andreas, gestalteten im Verein mit Berliner Kollegen im Bundesverwaltungsgericht Tschaikowskis Sextett „Souvenir de Florence“ und Franz Schuberts Streichquintett zu nachhaltigen Erlebnissen.

Inzwischen wurden die Mendelssohn-Festtage Leipzig eröffnet, die gemeinsam von Gewandhaus, Mendelssohn-Haus, Schumann-Haus, Bach-Archiv und Musikhochschule veranstaltet werden. Mit Giuseppe Verdis „Ein Maskenball“ steht die erste Leipziger Opernpremiere Riccardo Chaillys unmittelbar bevor.

• **WERNER WOLF**

ten sie, ähnlich wie der bisherige Fernsehpfarrer, therapeutische Wirkung haben. Lama Horst ist ja wohl auch schon in Altenheimen aufgetreten.

Schauspieler Christian Steyer ironisiert mit gut geschriebenen Texten und feiner Ironie Leipzigs Zooleben. Das ist sprachlicher Hochgenuss und nimmt der Serie *Elefant, Tiger und Co* wenigstens etwas von der Tiertümelei.

*Hallo Robbie!* heisst es noch immer am Sonnabend im ZDF. In diesem Tierfall fängt man mit Speck keine Mäuse, sondern mit Karsten Speck eine Robbe und naive Zuschauer. Es würde mich nicht wundern, wenn Mutti und Vati demnächst ihren verweinten Sprösslingen einreden müssen, dass eine Robbe wohl doch nicht der richtige Spielgefährte sei. Der einzige Spielplatz für wilde Tiere bleibt aber der Zoo.

# Bodenreform – Geschichte und Aktualität

Dieser Band, der 23 Beiträge enthält, gibt dem Leser aus unterschiedlichen Sichten einen vielseitigen Einblick in den Vollzug und die Folgen der Bodenreform. Zu den Autoren gehören außer den Herausgebern – Hans Modrow und Hans Watzek – Ralf Badstübner, Siegfried Kuntsche, Hans Reichelt und Frank Schumann, um nur einige zu nennen. Aufgenommen wurden fünf Texte aus den Jahren 1993 bis 1995. Von diesen Beiträgen ist das Interview von Lothar de Maiziere „*Wer Geschichte restaurieren will, wird wahrscheinlich eine Bauchlandung erleben*“, ausgestrahlt am 28. Februar 1993 vom RIAS, von besonderem Interesse. Gegner der Bodenreform sowie Gewinner und Verlierer der Abwicklung der Bodenreform kommen zu Wort.

Es dominiert die Auffassung, dass die

Bodenreform eine notwendige politische und soziale Maßnahme als Schlussfolgerung aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte war. Zugleich fußte sie, wie vor allem Ralf Badstübner betont, auf rechtlichen Entscheidungen aller Siegermächte. Sie kann daher nicht in einen Zusammenhang mit Unrecht gestellt werden, wie jene es versuchen, die die SBZ/DDR-Geschichte nur als Geschichte von Diktatur und Unrecht gelten lassen wollen.

Der Vorsatz für eine Bodenreform bestand überall in Nachkriegsdeutschland, konsequent verwirklicht wurde er jedoch ausschließlich im Osten des Landes. Diese und andere Gesichtspunkte beachtend, wird die Bodenreform in der SBZ als *deutsche* Bodenreform charakterisiert.

Kritisch wird vermerkt, dass die Bo-

denreform in der SBZ aufgrund einer Stalinschen Willensäußerung überstürzt, mit ungenügender Vorbereitung und auf der Grundlage eines grobschlächtigen sowjetischen Entwurfs in Angriff genommen und durchgeführt wurde. Die von der KPD ausgearbeiteten Papiere waren wesentlich geeigneter, wurden aber nicht berücksichtigt. Härten und vermeidbares Unrecht waren die Folge. Und dennoch, die entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer war keineswegs Unrecht. Juristisch ist die Sache beendet, politisch aber noch lange nicht. • **KURT SCHNEIDER**

Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.): *Junkerland in Bauerland. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen. edition ost, Berlin 2005. 256 Seiten, 14,90 Euro*

Schaufenstergestalter. Von dem schrecklichen Tod seines Freundes hörte Uwe Timm weit weg vom Schauplatz in Paris aus dem Radio.

Uwe Timms Erzählung dokumentiert auf weiter Strecke seine Freundschaft zu Benno Ohnesorg und wie es dazu kam. Auch dass der für die Politische Polizei tätige Zivilbeamte Karl-Heinz Kurras in einem Prozeß für seine Tat straffrei ausging. Vom Westberliner Gericht wurde dem Polizisten Notwehr attestiert. Ein Skandal. So ist die Erzählung auch eine Anklage gegen die bundesdeutsche politische Justiz. Und da hat sich bis heute noch immer nichts geändert.

• **KARL-HEINZ WALLOCH**

Uwe Timm: *Der Freund und der Fremde. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005. 176 Seiten, 16,90 Euro*

## Wer war Benno Ohnesorg?

Die westberliner Polizeikugel traf einen Studenten, der zuvor nie als politisch aktiv aufgefallen war, im Hinterkopf. Der Schusskanal legt die Vermutung nahe, dass Ohnesorg bereits schwer getroffen von Schlagstöcken der Bereitschaftspolizei am Boden lag. Und auf den auf der Straße liegenden jungen Mann drückte Kurras einfach ab.

Die Freunde, Autor und Benno Ohnesorg, waren an Literatur interessiert, schrieben Lyrik und Prosa und bekamen über den zweiten Bildungsweg eine Chance, sich beruflich zu verändern. Timm war zuvor Kürschner, Ohnesorg

Uwe Timm, Jahrgang 1940, seit 1971 freier Schriftsteller, war in den politischen unruhigen Jahren der BRD Mitglied in der *Autoren Edition*. In ihr bestimmten die Autoren selber über das Verlagsprogramm, scheiterten in den 80er Jahren an der sozialen Marktwirtschaft mit dieser Idee.

Uwe Timms Romane und Novellen sind häufig ein Exkurs in deutsche Geschichte. Auch seine jüngste Arbeit mit dem Titel *Der Freund und der Fremde*. Es ist die Geschichte seines Freundes Benno Ohnesorg, den der Polizist Karl-Heinz Kurras am 2. Juni 1967 auf einer Anti-Schah-Demonstration vor der Deutschen Oper in Westberlin erschoss. Das Opfer der Polizeiwillkür wurde zum Märtyrer einer Generation, die durch die Tat aufgewühlt, sich dem Protest in der Bundesrepublik anschloss.

Falls Sie Zeit hätten, würden Sie auch ein Buch schreiben, am liebsten einen Krimi? Ehe Sie sich ins Vergnügen stürzen, lege ich Ihnen das Handbuch des Schreibens von Elizabeth George *Wort für Wort oder Die Kunst, ein gutes Buch zu schreiben* ans Herz. Die Großmeisterin der Kriminalliteratur hat ihren Werkzeugkasten geöffnet und wer hätte gedacht, dass Schreiben so grausam und die Angst vor dem weißen Blatt Papier so höllisch sein kann. Fans ihrer kunstvoll mäandernden Inspector-Lynley-Romane verdächtigen sie längst eines mörderischen Arbeitspensums, aber dass sie so akribisch Plot, Figuren, Erzählperspektive, Szenen, Dialoge, Schauplätze der Story entwirft, ja dass sie sogar den Ort der Handlung nicht ihrer Fantasie überlässt, sondern ihn sich zuvor genau anschaut und sich mit den Details der Gegend vertraut macht, denn alles in der Umgebung einer Person könne als Indiz für deren innere Landschaft dienen, verblüfft dennoch. Neben Talent, Kreativität sowie Schreibdrang seien Disziplin und ein gutes Sitzfleisch unerhört wichtig für den Erfolg eines Autors, was wiederum ein extrem isoliertes Leben nach sich ziehe, versichert die berühmte Autorin.

Susan Hill, Krimi-Newcomer aus der britischen Grafschaft Gloucestershire, hat mit ihrem Roman *Der Menschen dunkles Sehnen* scheinbar alles richtig gemacht, legt man die Schablone der Elizabeth George zugrunde. Der Einstieg ist vielversprechend: „Ein Dienstagmorgen im Dezember. Halb sieben. Immer noch dunkel. Neblich. So war es den ganzen

## Es ist gemordet, Krimifans!

Lektüretipps für einen vernebelten Herbst

Herbst über gewesen, mild, feucht, bedrückend.“ Nebelsuppe wabert durch das ganze Buch, ein rätselhafter Mord schon auf den ersten Seiten, das Böse kriecht unaufhaltsam in die Wohnzimmer der braven Einwohner des englischen Kleinstädtchens Lafferton, und die junge Kommissarin Freya Graffham, heimlich verliebt in Polizeichef Simon Serrailier, stößt auf Leichen in so manchem Bürgerkeller. Soweit stimmen die Zutaten, man wagt schon auf weitere zehn Bände mit den sympathischen Protagonisten zu hoffen, da geschieht 33 Seiten vor Schluss der Tabubruch – Freya Graffham verlässt die Szenerie. Mit gehöriger Wut im Bauch ob dieses abrupten Endes einer viel versprechenden Kommissariatskarriere bringt der getäuschte Leser die letzten Seiten des Romans verschnupft hinter sich. Soviel ist sicher: Das hätte Elizabeth George ihren Lesern nie angetan! Die in Berlin und Südfrankreich lebende erfahrene Drehbuchautorin Alexandra von Grote baut in *Tod an der Place de la Bastille* ihre Handlung geschickter auf. Spannende Krimizutaten wie Nebel, Angst, ein Serienmörder und ein eingeschworenes Ermittlergespann sind selbstredend im Spiel – aber wenn bis zuletzt auch alles auf Messers Schneide steht und Jenny, die halbwüchsige Tochter des Kommissars, höchster Gefahr ausgesetzt ist, ein gutes Ende freut den

treuen Leser und er schließt das Buch mit dem sicheren Gefühl, noch so manchen trüben Novembertag mit Maurice La Bréa verbringen zu dürfen.

Spannungsliteratur aus dem in diesem Jahr 60 gewordenen Aufbauverlag gilt als todsicherer Tipp für vorzügliche Texte und handverlesene Autoren. Lisa Appignanesi, Philippa Gregory oder Fred Vargas stehen dafür. Um so mehr enttäuscht im Jubiläumsjahr das als Thriller kreierte Taschenbuch des Amerikaners Phillip Margolin *Die schöne Schläferin*. Der Plot ist so absurd wie langweilig, die Handlung verfällt in zahllose Klischees: Armes schönes Mädchen verliert Papa und Freundin bei einem nächtlichen Überfall, auch Mama und Freundin werden einige Zeit später vom großen Unbekannten angegriffen und lieblos behandelt, schöner durchtrainierter Hochschullehrer mit Schreibblockade ist Hauptverdächtiger. Am Ende bleibt alles, auch das Morden, wie es sich in besseren Kreisen so gehört, in der Familie.

„Dieses Buch wird jeden um den Schlaf bringen“, wirbt der Verlag. Von wegen! Buch aus der Hand gefallen, Sekundenschlaf, Handlung vergessen, Titel weiterverschickt. Bleibt der Wunsch, dem Autor, ein Anwalt übrigens, möge ein barmherziger Verleger Elizabeth Georges` Anfänger-Lektion in Creative Writing auf den Nachttisch legen. • **JUTTA DONAT**

## Zeitnahe Satiren

Zweimal Mensching heißt es im Bücherherbst bei der Aufbau-Verlagsgruppe. *Pygmalion* mit dem Untertitel *Ein verloren geglaubter dubioser Kolportage-Roman aus den späten 80er Jahren* ist eine turbulente Satire auf die Endzeit der DDR.

Erstmals liegt die von Steffen Mensching überarbeitete Fassung seines 1991 veröffentlichten Romans vor. Aber auch sein neuer Roman ist soeben erschienen: *Lustigs Flucht*. Ernst Lustig kommt mit seiner Schiller-Biographie nicht voran, er schließt sich mit dem Vorsatz ein, erst wieder herauszukommen, wenn er fertig ist. Freunde fordern Erklärungen. Der überzeugte Antitourist erfindet in seiner Not Auslandsreisen. Eine Satire auf die Medienwelt.

• **D. M.**

Steffen Mensching: *Pygmalion. Roman. Aufbau-Taschenbuchverlag, Berlin 2005. 431 Seiten, 9,95 Euro*

Steffen Mensching: *Lustigs Flucht. Roman. Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 328 Seiten., 18,90 Euro*

## Abrechnung mit Legenden

Die Wirtschaftsexpertin Christa Luft weist nach, dass Strukturprobleme, hohe Arbeitslosigkeit und ausgehöhlte Demokratie nicht allein den Fehlern des realsozialistischen Systems angekreidet werden können. „Die Geschehnisse seit dem Herbst '89 zeigen: Erschöpft sind die Entwicklungspotenzen des Kapitalismus keineswegs. Aber er produziert und reproduziert national und global fortwährend unlösbare Widersprüche... Der Sozialismus ist gescheitert, weil er keiner war. Der Kapitalismus wird scheitern, weil er einer ist“, so Christa Luft. Eine fundierte Auseinandersetzung, geradezu eine kühle Abrechnung mit den modernen Wirtschafts- und Politiklegenden. • **D. M.**

Christa Luft: *Wendeland. Fakten und Legenden. Aufbau-Taschenbuchverlag, Berlin 2005, 275 Seiten, 8,50 Euro*



Elizabeth George: *Wort für Wort oder Die Kunst, ein gutes Buch zu schreiben. Goldmann Verlag. 350 Seiten, 12 Euro*  
Susan Hill: *Der Menschen dunkles Sehnen. Knauer Verlag, 559 S., 9,90 Euro*  
Alexandra von Grote: *Tod an der Place de la Bastille. Kanur Taschenbuch Verlag. 398 Seiten, 7,95 Euro*  
Phillip Margolin: *Die schöne Schläferin. Aufbau Taschenbuch Verlag. 393 Seiten, 8,95 Euro*

## KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

### Nazivermögen konfisziert

Mit Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 wurde das Nazivermögen beschlagnahmt. Das betraf das Eigentum des faschistischen deutschen Staates und seiner zentralen und örtlichen Behörden, der Amtsleiter der NSDAP, deren führender Mitglieder und einflussreicher Anhänger sowie der deutschen Militärbehörden und -organisationen, der vom sowjetischen Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen, der Regierungen und Staatsangestellten der auf Seiten Deutschlands am Krieg beteiligten Länder. Die örtlichen Verwaltungen werden beauftragt, das beschlagnahmte Eigentum zu erfassen. Die Präsidenten der Provinzen und Länder werden verpflichtet, herrenlose Handels-, Industrie- und landwirtschaftliche Unternehmen, die nicht unter die Kategorien des Befehls fallen, zu erfassen, zu sichern und zu verwalten.

Mit Befehl Nr. 126 der SMAD vom 31. Oktober 1945 wird angeordnet, das Vermögen der NSDAP, ihrer Organe und der ihnen angeschlossenen Verbände zu beschlagnahmen. Die Besatzungsorgane in den Provinzen und Ländern werden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass angesichts der schweren ökonomischen Situation die wirtschaftliche Tätigkeit der konfiszierten Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betriebe nicht beeinträchtigt wird.

Die provisorische Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums übernehmen zunächst sowjetische Besatzungsorgane, die für die Betriebe deutsche Treuhänder einsetzen. Später wird den Landes- und Provinzialverwaltungen die Treuhandverwaltung und die Nutzung dieser Betriebe übertragen.

Mit diesen Befehlen hatte der Prozess der wirtschaftlichen und politischen Entmachtung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten eine für die gesamte sowjetische Besatzungszone gültige allgemeine Grundlage erhalten, ohne bereits endgültig über die Eigentumsverhältnisse zu entscheiden.

Die Durchführung beider Befehle oblag den deutschen Verwaltungsorganen, die dafür Sequester-Kommissionen bilden, deren Zusammensetzung im Zusammenwirken mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften erfolgt. Diese Kommissionen, denen Tausende Werktätige angehören, üben politisch-staatliche Machtbefugnisse aus. Nach dem Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher vom 30. Juni 1946 in Sachsen und den folgenden Gesetzen der Landes- und Provinzialverwaltungen entsteht der volkseigene Sektor der Volkswirtschaft. • K. SCH.

# Nürnberger Prinzipien sind gültiges Vermächtnis

Vor 60 Jahren begann der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher



Die Anklagebank

Vom 18. Oktober 1945 bis 1. Oktober 1946 tagte (anfangs in Berlin) das Nürnberger Tribunal, dessen Aufgabe darin bestand, führende Nazi-Kriegsverbrecher, Generale der Hitlerarmee und Auftraggeber der faschistischen Diktatur zu verurteilen. Mit den Urteilen von Nürnberg wurde gültiges Völkerrecht geschaffen, das in UNO-Konventionen bestätigt wurde und universell und zeitlich unbegrenzt gilt.

Das Vermächtnis der Nürnberger Urteile lautet mit den Worten des US-Chefberaters der Anklage, Telford Taylor: „Den Feind – insbesondere den besiegten Feind – für Dinge zu bestrafen, die das Gericht haltende Land ebenfalls getan hat, wäre über die Maßen unge-

recht, dass es die Gesetze selbst diskreditieren müsste.“

Die Prinzipien von Nürnberg, die Verurteilung eines Angriffskrieges, sollten also fortan auch für die Sieger gelten. Telford Taylor machte in seiner Anklagerede ausdrücklich darauf aufmerksam: „Wir dürfen niemals vergessen, dass nach dem gleichen Maß, nach dem wir messen, auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden. Diesen Angeklagten einen vergifteten Becher reichen bedeutet, ihn an unsere Lippen zu bringen. Wir müssen an unsere Aufgabe mit so viel innerer Überlegenheit und geistiger Unbestechlichkeit herantreten, dass dieser Prozess einmal der Nachwelt als die Erfüllung menschlichen Sehns nach Ge-

rechtigkeit erscheinen möge.“

In der Politik, Justiz und Geschichtsschreibung der DDR galt ohne Abstriche: Das Urteil von Nürnberg gilt. Galt das in der BRD auch und ohne jede Einschränkung?

Eine charakteristische Episode: Im Kriegsverbrecherprozess gegen Diplomaten wurde auch Ernst Heinrich von Weizsäcker verurteilt, der Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von

US-Anklagevertreter  
Telford Taylor:

„Wir dürfen niemals vergessen, dass nach dem gleichen Maß, nach dem wir messen, auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden.“

Weizsäcker. Der Sohn Richard war Gehilfe des Verteidigers und gelangte zu dem Schluss, das sei Siegerjustiz. Der verurteilte Vater schrieb während der Haft in Landsberg den Essay „Wer ist ein Kriegsverbrecher?“ Darin stellt der Autor fest, dass sich die Inhaftierten allesamt als unschuldig betrachteten. Das wird auch für jene Kriegsverbrecher behauptet, die von USA-Soldaten nach dem Todesurteil in Landsberg gehängt worden sind.

Zu der Auffassung Richard von Weizsäckers, es wäre besser ge-

wesen, die Deutschen hätten ihre Kriegsverbrecher selber verurteilen sollen: Hätten das Hitlers Blutrichter tun sollen, von denn kein einziger in der BRD rechtskräftig verurteilt worden ist? Hat nicht Adenauer selbst die schützende Hand über die Kriegsverbrecher-Generale gehalten, weil er sie bei der Remilitarisierung brauchte?

Als Lorenz Knorr in den sechziger Jahren in einem Prozess von Strauß der Beleidigung bezichtigt wurde, weil er vor den Kriegsverbrechern Speidel und Heusinger gewarnt hatte, konnte das Gericht den Tatbestand der Verbrechen der Generale nicht bestreiten. Doch die Speidel und Heusinger gingen in die wohl dotierte Pension.

Aber die Bundeswehr mutierte nach 1990 zur Aggressionsarmee, die 1999 an dem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien teilnahm und die imperialistische Okkupation in Afghanistan direkt und im Irak indirekt unterstützt. Joseph Fischer begründete die Teilnahme am Krieg gegen Jugoslawien damit, dass ein neues Auschwitz verhindert werden müsse. Aber Flucht, ethnische „Säuberungen“ und Bürgerkrieg begannen erst mit dem Krieg. Es gibt keine „humanitären Interventionen“, weder im Völkerrecht noch in der Wirklichkeit, wie sich in Afghanistan und im Irak zeigt.

Wenn jetzt eine schlagkräftige „europäische“ Streitmacht aufgebaut wird, die ihren Einsatz weltweit (bis zum Hindukusch) plant, wachsen die Gefahren, und es ist wichtig, im Bundestag und außerhalb daran zu erinnern: Die Galgen von Nürnberg warnen – Kriegsverbrechen verjähren nicht. Der Frieden ist kein Geschenk.

• HORST SCHNEIDER,  
DRESDEN

## Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (36)

In Mockau-Nord trägt seit Juni 1948 ein Weg den Namen des Antifaschisten und Naziopfers Walter Albrecht. Er wurde am 8. März 1892 in Plagwitz, Alte Straße 7 (heute 11) geboren. Sein Vater war Markthelfer, später Droschkenkutscher.

Nach der Volksschule, die er in Leipzig besuchte, lernte Walter Albrecht den Beruf des Zimmermanns. Während der Lehre trat er auf Anregung seines älteren Bruders in den Arbeiterjugend-Bildungsverein ein und hörte im Volkshaus Vorträge nicht nur zu politischen Themen. Wie üblich ging er nach der Lehre auf Wanderschaft, die ihn bis in die Schweiz führte. 1913 wurde er zum Militärdienst in das Pionierbataillon Riesa einberufen. Mit dem erlebte er dann auch die Schrecken des Ersten Weltkrieges, aus dem er als Kriegsgegner heimkehrte. Er wurde Mitglied der USPD.

Arbeit fand er 1919 bei Hases Achterbahn, mit der er über die Jahrmärkte zog und schließlich nach einem schweren Unfall nach Leipzig zurückkehrte. Inzwischen mit Berta Wuttig verheiratet, stellte er sich 1920 mit vielen Genossen dem Kapp-

### Walter-Albrecht-Weg

putsch entgegen. Dabei zeichnete er sich als Unterführer mit seinen Genossen aus Lindenu und Plagwitz an der Zeppelinbrücke aus. Nach der Geburt seines Sohnes Werner 1921 bezog die kleine Familie eine Wohnung im Seitengebäude der Plagwitzer Straße 35. Nach dem Hallischen Parteitag der USPD trat er 1923 zur KPD über. Hier engagierte er sich besonders in der gewerkschaftlichen Arbeit, vorwiegend im Zimmerer-Verband. 1924 wurde er Mitglied

des Rotfrontkämpfer-Bundes. 1926 wurde Walter Albrecht in die Bezirksleitung Westsachsen der KPD gewählt. Hier arbeitete er erst in der Landwirtschaftsabteilung, später in der Gewerkschaftsabteilung. Zugleich hatte er Parteifunktionen

im Leipziger Zentrum, zeitweise sogar als politischer Leiter. 1928 wurde er Mitglied in der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO), deren Ortsvorsitzender er ab 1929 war. Er war Elternvertreter in der 41. Volksschule, trat bei Wahleinsätzen, der Landagitation, Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen hervor. Zeitweilig gelang es ihm auch in seinem Beruf Arbeit zu finden, so beim Bau der Plagwitzer Brücke und der Großmarkthalle. 1933 kan-

diderte er für die KPD zu den Landtags- und den Stadtverordneten-Wahlen.

Nach dem Machtantritt der Nazis wurde ihm im April 1933 nach der Verhaftung von Fritz Selbmann und Max Rölz die Leitung des Nachrichtendienstes der KPD-Bezirksleitung Sachsen übertragen. Am 14. Juli 1933 fiel er den Nazis durch Verrat in die Hände. Er wurde im Gefängnis Wächterstraße bestialisch gefoltert, verbrachte die Wochen bis zum 7. August in Einzelhaft und wurde an diesem Tag in den Tod getrieben. Seiner Frau und dem Sohn gelang die Flucht in die Sowjetunion.

1945 wurde seine sterbliche Hülle als eine der ersten auf dem Ehrenhain des Südfriedhofs bestattet. Das Kulturbundes des Kulturbundes in der Elberstraße erhielt seinen Namen.

• DIETER KÜRSCHNER



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Das in Frankfurt/Main erlösende Signal kam aus Lausanne: Dem Deutschen Sportbund und dem Nationalen Olympischen Komitee werde genehmigt, demnächst zu fusionieren. Das heißt: Deutschland wird künftig eines der wenigen Länder der Welt sein, das auf ein Nationales Olympisches Komitee verzichtet. Wenigstens ein historisches Datum hat man für den ungewöhnlichen Schritt gewählt: Fast auf den Tag genau vor 110 Jahren hatte Willibald Gebhardt in Berlin das deutsche NOK gegründet. Daran wird vermutlich heutzutage nur nebenbei erinnert, aus vielen Gründen.

Verhalten wir uns ein wenig anders!

1896 sollten die ersten Olympischen Spiele in Athen stattfinden. Im Kaiser-Deutschland war man aus vielen Gründen gegen eine Beteiligung. Nur zwei von vielen: Der „Erfinder“ der Spiele war ein Franzose. Seit 1870/71 ignorierte man französische Ideen. Und: Deutsche Banken behaupteten, die Griechen hätten ihre Schulden nicht bezahlt.

Willibald Gebhardt war der Mann, der als ziemlich einsamer Rufer für Olympia eintrat. Der Berliner Chemiker hatte sich – soviel, um zu belegen, dass es ein kluger Mensch war – Erfindungen patentieren lassen, die ihm kaum Geld eintrugen, weil andere sie vermarktetten. So hatte er zum Beispiel schon 1911 den Pulverkaffee erfunden. (Als ich vor Jahren ein Buch über Gebhardt schrieb, bat ich den Nestle-Konzern um ein Gutachten zu diesem Patent und bekam zur Antwort: „... im Jahre 1911 ... war die Entdeckung ... schon etwas wert“. Diese zurückhaltende Formulierung erklärte ich mir damit, dass die Schweizer Pulverkaffeekönige nicht einräumen mochten, dass sie ihre Milliarden Gewinne letztlich der Gebhardt-Erfindung verdankten.) Dieser Mann hatte jedoch nicht nur die Chemie im Sinn, sondern auch den Sport in seiner damals noch unkommerzialisierteren Form. Deshalb plädierte er 1895 für die Teilnahme an den Spielen, wurde aber – Motive siehe oben – niedergestimmt. Zur Illustration der Situation: Der damalige Sport-

bundpräsident hieß Dr. Carl Peters und hatte als höchster „Aufseher“ der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit selbst für damalige Verhältnisse derart brutalen Methoden „regiert“, dass sich der Reichstag damit befassen musste und seine Abberufung beschloss. Diesem Mann hatte Gebhardt nach der Abstimmung einen „Abschiedsbrief“ geschrieben und mutig am 13. Dezember 1895 ein Komitee gegründet, das die deutsche Teilnahme ansteuerte. Gebhardt erwies sich als ungemein geschickter Funktionär, dem es tatsächlich gelang, eine stattliche Schar deutscher

Apparat wieder in die Weltspitze vordringen will. Fakt ist: Eine Verschlingung beschert keine Medaillen. Ich muss nicht alles auflisten, was jeder, der sich nur ein wenig für Sport interessiert, zumindest hierzulande weiß: Ein System wäre vonnöten, das die Chance bietet, Talente aufzuspüren. Dazu eignen sich bekanntlich die Schulen – so lange man dort systematisch den Schulsport pflegt. Hat man ein Talent gefunden, benötigt man ein System, das ihm die Möglichkeiten einräumt, sich auf Olympia vorzubereiten. Derlei ist landauf landab nicht zu entdecken und der DOSB hat bislang keine Projekte präsentiert, wie er die Systemlosigkeit zu ändern gedenkt. Als unlängst jemand vorschlug, DDR-Sportwissenschaftler aus ihren Asylen zu holen, damit sie Vorschläge unterbreiten, schrien die einen, die DDR war ein Unrechtsstaat, die anderen erinnerten an das MfS oder an Doping. Ein wenig erinnert das schon an die Situation, mit der sich Gebhardt kon-

## Sportkolumne

# Erinnerungen an den Gründer Gebhardt

Athleten für die Athen-Reise zu gewinnen. Selbst die Drohung, dass alle Teilnehmer aus ihren Verbänden ausgeschlossen würden, bewog keinen der Athleten zum Verzicht. Deutschland belegte in der Medaillengewertung den dritten Rang hinter den USA und Griechenland, eine Platzierung, von der heutzutage kaum jemand träumt ...

Das Internationale Olympische Komitee würdigte sein Engagement, in dem es ihn als ersten Deutschen in das IOC aufnahm. Deutschland widmete ihm weniger Achtung – wohl, weil er weder Adliger noch ein Angehöriger der „besseren Kreise“ war – und vertrieb ihn sogar aus dem IOC. Das war 1909, als sich das IOC zum ersten Mal in Berlin versammelte und deren Mitglieder die Gastgeber vergeblich nach Gebhardt fragten.

Nun also soll das von Gebhardt gegründete Komitee mit dem DSB – letztlich Nachfolgeorganisation des einst so olympiafeindlichen Sportbundes – zusammengelegt werden und künftig „Deutscher Olympischer Sportbund“ (DOSB) heißen. Wie man in Lausanne erfuhr, bewog das IOC zur Zustimmung zu dieser faktisch gegen die olympischen Grundregeln verstoßende Entscheidung nur die Situation in den USA, wo es noch nie einen landesweit agierenden Sportbund gab.

So viel zur Vorgeschichte. Blicke die Frage, was die derzeitigen deutschen Sportführer dazu bewogen haben könnten, diesen Schritt zu gehen. Die offizielle – allerdings etwas naive – Begründung lautet, dass man mit gebündelten Kräften und einem „verschlinkten“

frontiert sah, wenn auch auf einer anderen Stufe. Hinzu kommt eine Gefahr, vor der ein Ruder-Olympiasieger warnte, der heute als Unternehmensberater tätig ist, also etwas von der Materie versteht: Der Sportbund ist nahezu zahlungsunfähig und der DOSB könnte also als Erbe eines Schuldenbergs nicht gerade den besten Start erwischen.

Nein, wir sind keine Schwarzmalerei, aber Realisten. Und wir haben unsere Erfahrungen. Mit dem Ende des NOK endet faktisch auch die Geschichte des anderen deutschen Olympischen Komitees, das zwar nur knapp vierzig Jahre existierte, aber in den Annalen einen guten Platz hat.

Ja, einige Jahrzehnte existierten zwei deutsche NOK und das hatte seine Folgen. Ich nenne hier nur eine und die auch nur, weil sie bislang selten erwähnt wurde. Eine der Ideen des DDR-Komitees war, alljährlich ein Leichtathletiksportfest als „Olympischen Tag“ zu arrangieren. Einmal hatte man den legendären australischen Langstreckler Ron Clarke – immerhin 18facher Weltrekordläufer – dazu in die Hauptstadt der DDR eingeladen. Er kam früher als erwartet, landete in Berlin-West, fragte nach seinen Einladern und wurde flugs in Berlin-West einquartiert. Über Nacht wollte man dort ein Sportfest arrangieren und ihn als Star präsentieren. Das sprach sich natürlich herum und so machte sich einer aus dem DDR-NOK auf den Weg, fand Clark in Berlin-West und brachte ihn dorthin, wo er eingeladen war und wo er dann auch umjubelt lief.

## Wie in Leipzig, so auch in Hamburg

Seit einem halben Jahr haben sich die Neonazis den Hamburger Stadtteil Harburg als neues Aufmarschgebiet ausgesucht. Ende Oktober marschierten sie bereits zum fünften Mal.

In jüngster Zeit sind die Gewalttaten der rechten Szene in der Hansestadt um 24,5 Prozent gestiegen. Als Drahtzieher des braunen Sumpfs gelten in Norddeutschland der in Leipzig sattem bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch und der niedersächsische NPD-Vorsitzende Adolf Dammann. Der – dank geerbter Immobilien sehr begüterte – Rechtsanwaltsgehilfe Worch spielt seit Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts eine große Rolle bei den Rechtsradikalen der BRD. Vom Ex-Bundeswehroffizier Michael Kühnen wurde er für diese Aufgabe ausgewählt. Von Bedeutung ist auch der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger. Sein „Heisenhof“ im niedersächsischen Dörvenden hat sich zum braunen Zentrum der rechtsradikalen Szene entwickelt.

Eine wichtige Aufgabe in der Hamburger Neonazi-Szene hat der 19-jährige

## Brauner Terror, Deindustrialisierung und ein Konzertbau

Worch-Zögling Alexander von Hohensee. Er ist es, der sämtliche Demos anmeldet. Unter seiner Führung zogen 132 dumpfe kahlköpfige Mitläufer durch Harburgs Straßen. Vier Hundertschaften der Hamburger Bereitschaftspolizei schützten und sicherten den braunen Terror bei ihrem Umzug durch die Harburger City vor dem Protest von Demokraten.

### Deindustrialisierung geht weiter

Zum Ende des Jahres wird das Hamburger Aluminium Werk (HAW) geschlossen. Über 440 gewerbliche Arbeitsplätze im Werk sowie weitere der Zulieferungsbetriebe gehen verloren. Als Grund wurde die Verteuerung der Strompreise genannt. Da die Hansestadt Hamburg ihren Stromversorger HEW an die schwedische Vattenfall verkauft hat, konnte sie nicht mehr mit subventionierten Strompreisen eingreifen wie 1984. Damals erhöhte die

HEW den Tarif aller Hamburger Stromkunden, um den Millionen-Verlust auszugleichen, der durch den HAW-Vertrag entstanden war.

Mit der Belegschaft des Hamburger Aluminium Werks spielten die Eigner ein falsches Spiel, denn mit der Hamburger Betriebschließung will die Norsk Hydro (auch im Ölgeschäft tätig) ihre Großinvestition im neuen Aluminiumwerk in Qatar am Persischen Golf mit einer Marktberreinigung absichern. Selbst wenn das HAW preisgünstigen Strom von der Vattenfall über die HEW bekommen hätte, die Aluminiumschmelze wäre so oder so geschlossen worden. Auch ein potenter Käufer der HAW wurde vom Alteigentümer trickreich ausgespielt. Die Kosten, um das Betriebsgelände wieder in den Urzustand zu setzen, belaufen sich auf 70 Millionen Euro. Was aus den zum Teil über fünfzigjährigen Arbeitern wird, das ist den Anteilseignern der HAW schnuppe.

### Das neue Konzerthaus

Es wird wohl der spektakulärste Bau der Stadt, es wird von einem neuen hanseatischen Wahrzeichen gesprochen. Was für Paris der Eiffelturm sei, das soll für die Hansestadt das neue Konzerthaus, bereits „Elbphilharmonie“ genannt, werden. Und so sieht der Umbauplan aus: Auf dem nicht mehr benötigten Kaispeicher A im Hafen an der Norderelbe wird ein Neubau aus Glas aufgepfropft. Mit zwei Sälen in unterschiedlicher Größe von 2200 und 600 Sitzplätzen wird das Platzangebot für Konzerte erweitert. In der Bürgerschaft stimmten nur die CDU und die Grünen für den Plan. Die SPD enthielt sich geschlossen der Stimme für den 186 Millionen teuren bürgerlichen Prunkbau. Schließlich hat Hamburg nicht einmal ein eigenes philharmonisches Orchester.

Die Architektur für den Umbau zur „Elbphilharmonie“ haben die Schweizer Architekten Herzog und de Meuron entworfen. Das Duo hat auch das Fußballstadion in München geplant.

• KARL-H. WALLOCH

## BEI ANDEREN GELESEN

Sie haben's inzwischen mehrfach bewiesen: Ein Großteil der Polen macht sein Kreuz lieber in der Kirche als in der Wahlkabine – obwohl, eines das andere nicht ausschließen müsste. Diejenigen aber, die sich dazu aufrufen, irgendwelchen weltlichen Herrschern demokratische Weihen zu erteilen, setzen ihr Kreuz in der Mehrzahl nicht dort, wo es die Umfrageinstitute erwarten, die Regierenden in den

### Kreuze in Polen

Nachbarstaaten erhoffen und die „seriösen“ Medien gerne sähen. Also nicht beim liberalen, welt- und EU-offenen Merkel-Freund Donald Tusk, sondern beim konservativ-katholischen Nationalisten Lech Kaczynski.

Das zugespitzte Fazit einschlägiger Kommentare lautet: Die Dorftrötel waren in der Überzahl. Richtig ist, dass in Polen das Misstrauen gesiegt hat – gegen die Marktherrschaft und die Europäische Union, wie sie dem Land von allen bisher Regierenden übergestülpt wurden. ... Es war ihnen wenigstens ein kleiner Trost, „den anderen“ in Warschau, Brüssel und sonstwo in die Suppe spucken zu können. Über die Folgen tröstet man sich später unterm anderen Kreuz.

• **DETLEF D. PRIES**  
ND, 25. 10. 05

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht mindestens ein Sender, sowohl der öffentlich-rechtlichen als auch der Privaten, sich diffamierend mit der Geschichte der oder dem Leben in der DDR beschäftigt. So sendete die ARD am 3. Oktober „Im Schattenreich der DDR – die Bunkerwelten der Genossen“ einen Bericht über ehemalige Führungsstellen der bewaffneten-, staatlichen und Parteiorganen für den Verteidigungsfall. Aus der Existenz dieser Anlagen leitete der Moderator die „Aggressivität“ und den „menschenfeindlichen“ Charakter der DDR ab. Nun ist das Recht auf Verteidigung und damit der Bau von Verteidigungsanlagen ein legitimes Recht eines souveränen, völkerrechtlich anerkannten Staates wie der DDR. Oder lässt sich aus der Anlage des Regierungsbunkers im Ahrtal auf den

## Medien trommeln wie im kalten Krieg

Charakter der alten BRD schließen?

In diesem Reigen wird seit Wochen in Rundfunk und Fernsehen getrommelt, Sendungen, wie „Damals in der DDR“ oder „Vom ich zum wir“ wie in 3SAT am 10. Oktober.

Die Krone des Ganzen soll der ARD-Zweifelloos „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ werden. Parallel dazu rollt ein Welle der Verherrlichung der deutschen Wehrmacht, der deutschen Rüstungsfähigkeiten u. ä. „Die letzten Monate des Dritten Reiches“ und „Die letzten 100 Tage des Dritten Reiches“ setzen sich nicht etwa mit dem Naziregime auseinander, sondern verherrli-

chen, wie Landser und General gleichermaßen mutig gegen den „bolschewistischen Feind“ und „die Horden der Roten Armee“ kämpften.

Und noch etwas kommt in dieser Kampagne zum Tragen. Mit der Eingliederung der DDR in die alte Bundesrepublik gingen die neuen Herren davon aus, dass mit der D-Mark sofort ein völlig neues Denken im Sinne der neuen Macht bei der „DDR-Bevölkerung“ einsetzen würde. Genau das ist aber nicht eingetreten. Mit den systematischen Verschlechterungen der gesellschaftlichen und allgemeinen Lebensbedingungen, der Arbeitslosigkeit und der sozia-

len Kälte, dem Verlust der eigenen Identität, erwachte in sehr vielen Menschen die Erinnerung an Ihr Leben in der DDR neu. Sie vermisse die Geborgenheit in einer Gesellschaft, in der der Mensch, um mit Goethe zu sprechen, Mensch sein durfte.

Dennoch ist noch immer eine Steigerung dieser Hetzkampagne zu erwarten. Obwohl in den sich mit der DDR befassenden Sendungen gelogen und diffamiert wird, dass sich die Balken biegen, melden sich Zeitungen wie der „Mannheimer Morgen“ und fordern, in den Sendungen „stärker die menschenfeindlichen Züge“ der DDR hervorzuheben.

Hat Edmund Stoiber den Ostdeutschen nicht deutlich gesagt, was er und nicht nur er, über sie denkt?

ERICH ROTT,  
VIERNHEIM

## Konsumflaute hat schließlich einen Grund

Seit geraumer Zeit beklagen Politiker und Vertreter der Wirtschaft die katastrophale Wirtschaftslage und begründen diese u. a. mit der anhaltenden Konsumflaute auf dem Binnenmarkt. Dabei fallen immer wieder solche Begriffe wie Kaufunlust, Kaufzurückhaltung, Kaufmüdigkeit u. ä. Diese sollen suggerieren, dass die Leute eigentlich über genügend Geld verfügen, sie sind nur zu „faul“ oder zu „bequem“ ihre vielen EURO auch auszugeben. Diese Einschätzung geht weit an der Realität vorbei. Bis auf einige Millionäre, Gutbetuchte oder über dem Durchschnittsverdienende Bürger verfügt die Masse der Bevölkerung schlicht und einfach nicht über das nötige Kleingeld, um es in große Anschaffungen zu investieren. Es reicht bei den meisten gerade, um den täglichen

Lebensunterhalt zu sichern und die ständig steigenden Kosten (Treibstoff, Strom, Gas, Wasser, Müll usw.) noch einigermaßen zu verkraften. Wer wirklich etwas „auf der hohen Kante“ hat, braucht das Angesparte als Notgroschen für die eher noch schlechter werdenden Zeiten.

So betrachtet wird sich wohl, auch unter dem Merkel-Regime und der schwarz-rosa „Notgemeinschaft“, an der Konsumflaute nichts ändern. Das wurde erst kürzlich durch die sogenannten Wirtschaftsweisen in ihrem aktuellen Gutachten bestätigt. Die eigentliche Misere liegt doch im kapitalistischen System begründet, das unfähig ist, die brennenden Probleme unserer Zeit im Interesse der Menschen zu lösen.

G. FLEISCHHAMMER,  
LEIPZIG

## Kapitalismus in den Farben Chinas

Die Zukunft Chinas werde zwar kein Paradies beschieren, aber es dürfte eine Gesellschaft entstehen, deren wirtschaftlicher Aufstieg die Grundlage für ein neues Gesellschaftsmodell enthalte. Dieses Vorbild könne für die armen Massen der Erde attraktiver sein, als die aus Europa und den USA kommende neoliberale Ideologie. Ein wirklich faszinierender Gedanke, den ich von einem Disput in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen Prof. Karl Georg Zinn aus Aachen und Prof. Joachim Tesch aus Leipzig kürzlich mit nach Hause nahm.

Obwohl die derzeitige Situation wie sie Prof. Zinn unter dem Thema „Chinas Weg in den Kapitalismus“ umriss, vor allem von gravierenden sozialen Problemen geprägt ist, seien dies nur Übergangserscheinungen zu

einem chinesischen Kapitalismus mit ganz anderen Dimensionen als der eurozentrischen. Besondere Konfliktkonstellationen ergeben sich aus zunehmender Arbeitslosigkeit und einer extremen Umweltbelastung, ein übrigens auch regelrecht krankheitsfördernder Aspekt. Deutlich erkennbar sei ein ausgeprägtes Wohlstandsgefälle zwischen dem chinesischen Osten und Westen. Das Interesses des Staates – dessen Einwohnerzahl jährlich um etwa 16 Millionen wächst – sei auf einen stark wirtschaftlich geprägten Kapitalismus ausgerichtet. Wobei sich in ein bis zwei Generationen eine „nachkapitalistische Gesellschaftsordnung“ herausbilden werde.

H. GERATHEWOHL,  
LEIPZIG

## Wanderungen durch Neufünfland

ICH BEGINNE HEUTE mit einem Ruf, der mir in Leipzig keinen Beifall eintragen kann: „Ich bin ein Berliner“. Der Wanderer will damit nicht irgendwelche Politschreihälse nachäffen, sondern nur schlicht kundtun, warum er diesmal daheime bleibt. Hat sich hier doch viel angestapelt, was ein Wanderer nicht ignorieren kann, nur weil er die Hauptstadt „schonen“ will. Zum Beispiel die Schulden. Erinnern Sie sich, was man täglich über die angeblich hoffungslos verschuldete DDR hören kann? 20 Milliarden Dollar! Berlin hat heute 52 Milliarden Euro, und niemand redet über Miswirtschaft...

Als erstes schlenderte ich zum Brandenburger Tor, wo an einer neuen U-Bahn gebuddelt wird. Wer heutzutage vom Alexanderplatz zum Lehrter Bahnhof – den man inzwischen in Hauptbahnhof umgetauft hat – fahren will, steigt in der Regel in die S-Bahn und fährt drei Statio-

nen. Doch die hohen Herren dieses Landes wollten auch in Berlin die DDR gründlich vergessen machen und kamen auf die Idee, eine U-Bahn-Linie vom Hauptbahnhof zum Alexanderplatz zu bauen. Haltestellen: Reichstag, Brandenburger Tor, Unter den Linden, Rotes Rathaus, Alexanderplatz. Was immer die

## Paläste, U-Bahnen und das Grundwasser

DDR für Fehler begangen haben mag – in dieser Größenordnung ist keiner zu finden. Diese Vorzeigelinie musste zum Milliardengrab werden. Als ich am Brandenburger Tor stand, erzählte mir einer mit Plastikhelm und Durchblick, dass man vergeblich gegen das Grundwasser kämpfe. Experten rieten: Aufhören! Aber da kam die Bundesregierung des Weges und erinnerte an die von ihr bereits bezahlten Fördermittel. Der Spaßbau könnte also nur eingestellt werden, wenn die bereits „ausgereichten“ Fördermittel zurückgezahlt würden. Die Summe brächte Berlin nicht mal zusammen, wenn es das Brandenburger Tor als eine Art Litfassäule verkaufen würde.

Also kam man auf die Idee, die Linie auf die Strecke Hauptbahnhof-Brandenburger Tor zu beschränken. Und auf der auch nur Züge mit zwei Wagen fahren zu lassen. Auch daraus wird nichts, es sei denn, man ließe dort ein U-Boot verkehren.

BERLIN BAUT NATÜRLICH noch viel

mehr als sinnlose U-Bahnen. Derzeit muss die Villa des neuen Bundestagspräsidenten saniert werden, weil sie nach dem Auszug des dort als Bundespräsidenten logierenden Johannes Rau den Ansprüchen derartiger Persönlichkeiten nicht mehr genügt. Wer das stattliche Gebäude bei einem Berlin-Besuch besichtigen will, müsste nach Dahlem in die Miquelstraße fahren und sollte noch wissen, dass die Aufarbeitung höchstens eine Million Euro kosten wird. Peanuts also im Vergleich zu den Berlin-Schulden. UND WER FRAGEN SOLLTE, ob denn Berlin nicht spart wie das ganze Land und vor allem die Arbeitslosen, kann beschieden werden, dass die Ausgaben

peinlich genau geprüft werden. Wer allerdings moniert, dass der PDS-Senator Flierl 19 Millionen für den Unterhalt von Gedenkstätten bewilligte, die an die „grausamen Foltermethoden des MfS“ erinnern sollen, sollte sich belehren lassen: Derlei ist dringend nötig. Als dieser Tage in Hohenschönhausen gleich neben der dortigen „Gedenkstätte“ über 200 Interessierte kamen, um an einer Lesung des auch in LN ausgiebig

besprochenen Schneider-Buches „Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knaube(lari)“ teilzunehmen, hörten sie in der Diskussion auch das Mitglied des Gedenkstätten-Beirats Zahn zum Thema reden. Zur Rede gestellt, welch absurde Gruselstorys dort den Besuchern vermittelt werden, räumte er ein: „Ja, es wird dort gelogen ...“

Und da gestehe ich: Ich bin nicht so sehr stolz darauf, ein Berliner zu sein. Nicht auf die U-Bahn, die nie vollendet werden wird, nicht auf die Villen, die aufwändig für die Regierenden renoviert werden und auch nicht auf die Lügen in den Gedenkstätten!

• **KLAUS HUHN**

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Dienstag, 8. November, 16.00 Uhr, Görlitz**Vortrag und Diskussion: *Die extreme Rechte in Europa*. Mit Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe, Mitglied der historischen Kommission beim Bundesvorstand der Linkspartei.PDS  
Neiße-Galerie, Elisabeth-Straße 9-10**Dienstag, 8. November, 18 Uhr, Chemnitz**Jugendveranstaltung *Kreativschulen, Mehlhornstiftung – ein Ausweg aus der Bildungsmisere?* Mit Frau Thurner, Direktorin der Kreativschule Chemnitz. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Freidenkerverein, tietzCafé, Moritzstr. 20**Mittwoch, 9. November, 17.30 Uhr, Chemnitz**Dokumentarfilm (60 min) von Esther Schapira „*Der Tag, als ich ins Paradies wollte*“ – *Der Weg einer lebenden Bombe*. Anschließend Gesprächsrunde mit Dr. Werner Abel, TU Chemnitz und Mitgliedern der Vereinigung der Freunde Palästinas Sachsen. In Zusammenarbeit mit dem Soziokulturellen Zentrum QUER BEET. Soziokulturelles Zentrum Quer Beet, Rosenplatz 4**Mittwoch, 9. November, 18 Uhr, Leipzig**60 Jahre Befreiung vom Faschismus. „*Erinnerndes Schreiben*“, *Lesung und Gespräch*. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig und Dialog e. V. Freitagswerkstatt, Harkortstr. 10**Mittwoch, 9. November, 19 Uhr, Leipzig**Kolloquium „*Was ist Gemeinschaft*“. *Weltanschauung und Ideologie – Hannah Arendt über Grenzen und Entgrenzung politischer Herrschaft*. Mit Gerald Hartung, Berlin. In Zusammenarbeit mit AG Kopfschlag am Philosophischen Institut der Universität Leipzig, StudentInnenRat und Nietzsche-Gesellschaft e. V. Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15, R. 4 115**Sonnabend, 12. November, 10 Uhr, Chemnitz**Stadtführung „*Globalisiertes Chemnitz*“. Die Stadtführung „Globalisiertes Chemnitz“ ist eine Initiative der Chemnitzer Gruppen von attac, ai, Greenpeace, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Regionalbüro Chemnitz, Der Weltladen sowie von engagierten Einzelpersonen unter dem Namen „Was tun?“ Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung erhalten Sie unter [www.sf-chemnitz.de](http://www.sf-chemnitz.de) oder bei Thomas Bossack (Tel. 0163/3991523). Treffpunkt: Industriemuseum Chemnitz, Zwickauer Str. 119**Dienstag, 15. November, 19 Uhr, Chemnitz***Gewaltmorde an Frauen in Mexiko – Femicidio und Strafflosigkeit in Ciudad Juárez*. Filmvortrag mit Marisela Ortiz, Mexiko. In Zusammenarbeit mit amnesty international. \*\*\*  
Rothaus Chemnitz, Lohstr. 2**Dienstag, 15. November, 19 Uhr, Chemnitz**Vortrag und Diskussion: *Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und ihre Aktualität nach 60 Jahren*. Mit Prof. Dr. Kurt Pätzold. In Zusammenarbeit mit VVN/BdA. \*\*\*  
Rathaus Chemnitz, Stadtverordnetensaal, Neumarkt 2**Donnerstag, 17. November, 17.30 Uhr, Leipzig***Der Völkermord an den Armeniern 1915*. Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig. \*\*\**Lesung von Genozid-Texten*. Mit Dr. Adelheid Latchinian. Harkortstr. 10 \*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Unser Genosse

**Gerhard Behr**ist am 1. November  
75 Jahre geworden.Wir wünschen dir,  
lieber Gerhard,  
alles erdenklich Gute  
und weiterhin  
Weidmannsheil!Deine Genossinnen und  
Genossen  
der Linkspartei.PDS  
Basisgruppe Löbzig II**Filmabend***Das Tagebuch  
der Anne Frank*am Sonnabend, 19. 11.,  
20 Uhr,  
im Liebknecht-Haus Leipzig,  
Braustr. 15, Dachgeschoss**Initiative****Christliche Linke****14. 11., 18 Uhr**, Gemeindegottesdienst  
der Nikolaikirche Leipzig, Prof.  
Dr. Kurt Meier zum *Verhältnis  
von Christentum und politi-  
schem System***Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**11. und 12. 11., 20 Uhr: Drauf-  
gezahlt**. Jugendtheaterprojekt –  
ab 14 Jahre**18 und 19. 11., 20 Uhr: Kopf  
oder Zahl**. Jugendtheaterperfor-  
mance – ab 13 Jahre**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

**16. 11. bis 11. 12.:** *Mit gespalte-  
ner Zunge – Lebensschau aus  
dem Nordharzer Schlangenpa-  
radies*

Veranstaltungen:

**7. 11. 19 Uhr: Tierrettung in  
Leipzig – Was passiert mit ver-  
letzt aufgefundenen Wildtieren  
in Leipzig?** Referent: Amtstier-  
arzt Dr. Paul**13. 11., 10.30 Uhr, Führung: Blick  
hinter die Kulissen****17. 11. 14 Uhr: Vorführung *Rie-  
senschnagen, Nattern und Spin-  
nen – BITTE ANFASSEN***

Das Jahr 2006 ist in Reichweite, neue Anforderungen sind an uns gestellt, sie verlangen Ausdauer und Kraft in unserer Arbeit. Ohne die erforderliche Erholung geht es nicht, am besten bei uns im Ferienheim „Heideruh“ in der Lüneburger Heide, im Kreis von Freunden. Fahrten in die Umgebung, auch nach Helgoland. Besuche von Musicals u. a. runden den Aufenthalt ab. Fahrräder stehen zur Verfügung. Jetzt für das Jahr 2006 buchen!

Für Weihnachten/Sylvester sind noch Plätze frei. Prospekte können angefordert werden. Berliner und drumherum können mit unserem Kleinbus zu Hause abgeholt werden.

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.  
Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, Mail: [heideruh@t-online.de](mailto:heideruh@t-online.de)**BUCHHANDLUNG RIJAP****Literatur für SIE****Im November neu bei uns:**Rüdiger Liedtke: *Wem gehört die Republik?* Ausgabe 2006  
Eichborn, 24,90 EuroHorst Afheldt: *Wirtschaft, die arm macht*  
Kunstmann, 12 EuroMoses Naim: *Das Schwarzbuch des globalisierten Verbrechens*.  
Piper, 22,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens  
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

[www.buchhandlung-rijap.de](http://www.buchhandlung-rijap.de)

In Leipzig finden Sie uns in der

*Filiale Axispassage*, 04159 Georg-Schumann-Str. 171*Filiale Eutritzscher Zentrum*, 04129 Wittenberger Str. 83*Filiale Büchermarkt Mockau Center*, 04357 Mockauer Str. 123**Carl-Schorlemmer-Apotheke**Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruherstraße 54  
04209 LeipzigTelefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-AbgabeTelefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / ApothekenleiterMag uns der Wind der Marktwirtschaft auch  
noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt.  
Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe –  
die wieder einmal dringend nötig ist!**Wir freuen  
uns auf Ihre  
Spende**

Projekt Linke Zeitung e. V.,

Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40

BLZ 860 555 92

Kennwort: Spende für LN

Die Mitglieder des Ortsverbandes Mockau-Ost  
trauern um ihren langjährigen Vorsitzenden**Gerhard Krabs**

(15. 4. 1920 – 20. 10. 2005)

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wir trauern um unsere Genossin

**Doris Jaursch**

(30. 1. 1939 – 2. 10. 2005)

Sie war eine aktive Genossin, der wir in Dankbarkeit  
gedenken.

Ortsverband Mockau-Ost

Bestürzt erhielten wir die schmerzliche Nachricht,  
dass unser Genosse**Harald Golomb**

am 12. September 2005 verstorben ist.

Die DDR war ihm Vaterland, der Sozialismus sein Lebensziel.  
Wir werden ihn nicht vergessen.

BO 113

Abendländischer Terrorismus vor 400 Jahren

# Die „Pulververschwörung“ in London 1605

 Dass politisch motivierte Bombenanschläge weder eine Schöpfung des 20. Jahrhunderts sind noch ausschließlich Ausgeburten sozialer Revolten des gemeinen Volkes und dass sie auch nicht in islamischer, sondern in christlicher Traditionslinie stehen, belegt ein Ereignis, das sich in diesen Tagen zum 400. Male jährt: die „Pulververschwörung“ (Gunpowder Plot) in England vom 5. November 1605.

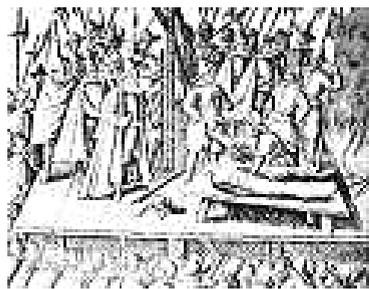
Um es vorwegzunehmen: Es war ein miss-



lungener Versuch; wahrscheinlich deshalb ist er auch über die Grenzen Britanniens hinaus nur wenig bekannt. Ort der Handlung war das Parlamentsgebäude in London, Hauptadressat König Jakob (James) I., und die Absender der brisanten Ladung waren katholische Adlige. Jakob, Sohn der schottischen Königin Maria Stuarts, der 1603 auf den englischen Thron gekommen war, sollte samt den Peers des Oberhauses und den Mitgliedern des Unterhauses bei der Parlamentsöffnung in die Luft gesprengt werden, weil er mit seiner verhärteten absolutistischen Politik dem wirtschaftlich aufstrebenden Bürgertum progressive Reformen versagte und die katholische Opposition mit repressiven Gesetzen traktierte.

Geistiger Urheber des Plans war der Adlige Robert Catesby, der zunächst vier Freunde, darunter den Abenteurer Guy Fawkes, ins Vertrauen zog. Nachdem die Verschwörer – insgesamt 13 Adlige waren eingeweiht, darunter englische Jesuiten – einen Keller direkt neben dem Oberhaus gemietet und darin 36 Fässer mit Pulver eingelagert hatten, warnten sie die katholischen Peers davor, am besagten Tage das Parlamentsgebäude aufzusuchen. Einer von ihnen aber soll in einem anonymen Brief die Behörden unterrichtet haben; eine

andere Version spricht vom Abfangen eines Briefes zwischen zwei Verschwörern. Jedenfalls konnte das Komplott aufgedeckt und im Keime erstickt werden. Der zum Anzünden des Pulvers bestimmte Abenteurer Guy Fawkes wurde, im letzten Augenblick, als er beim Legen der Zündschnur den Keller verließ, festgenommen. Zu diesem Zeitpunkt war das Gebäude bereits voll besetzt, und auch König Jakob und seine Familie befanden sich darin. Fawkes sagte im Hochverratsprozess, es sei seine Absicht gewesen, die Schotten nach Schottland zurückzubomben. Als König Jakob ihn persönlich befragte, warum er eine solch abscheuliche Tat begehen wollte, sagte er, eine gefährliche Krankheit erfordere verzweifelte Medizin. Hat er hier etwa Shakespeares Hamlet zitiert, der gerade fünf Jahre vorher erschienen war und in dem es heißt: „(König) ... Wenn die Krankheit verzweifelt ist, kann ein verzweifelt Mittel nur helfen, oder keins“? Das Problem lag offenbar in der Luft. Umgekehrt erkennen Historiker in Macbeth – im Jahre 1606, unmittelbar nach dem Ereignis entstanden – Anspielungen auf das Attentat.



Unter Folter verriet Fawkes die Namen der Mittäter. Soweit sie nicht schon bei der Festnahme erschossen wurden, hängte man sie zusammen mit Fawkes am 31. Januar 1606. Seit dem vereitelten Anschlag werden die Kellergewölbe der Houses of Parliament bis heute, also auch des Nachfolgers der 1512 und 1834 abgebrannten Gebäude, vor jeder Parlamentsöffnung genau durchsucht. In London wird an jedem Jahrestag, dem Guy-Fawkes-Day, ein Freudenfeuer angezündet und darin ein Bild von Fawkes verbrannt.

• G. L.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Jeden Tag ziehen 600 Menschen nach Florida. Überall wird gebaut, ohne Rücksicht auf Umwelt und Hurrikanwarnungen. ZDF 11. 10.

Das ist ja bekannt, dass die Proleten ihre Kinder umbringen – das ist so eine CDU - Logik.

Kabarettist Hagen Rether, WDR 15. 10.

Der britischen Polizei sind rund 5000 Hooligans bekannt. Sie dürfen weder ins Ausland reisen noch sich einem Stadion nähern. 75 britische Polizisten mit Hooligan-Erfahrung wollen die deutsche Polizei zur Fußball-WM 2006 unterstützen. DLF 12. 6.

Syrien – ein landschaftlich herrliches Land, ein sicheres Land, ein tolerantes Land. Die verschiedenen Religionen, Juden, Christen, Moslems, leben friedlich miteinander. Es gibt wenige Touristen aus westlichen Staaten. Durch ein gutes, nicht zu heißes Klima ist es vor allem Urlaubsländ für Bürger anderer arabischer Staaten.

Eine deutsche Journalistin.

Plakat in einem bayerischen Ort: „Beckstein würde auch Jesus abschieben.“

In der Theologischen Akademie wurde jetzt die Frage diskutiert, ob der Mensch ein Teil der Schöpfung ist oder vom Affen abstammt. Beides Bayerisches Fernsehen 13.10.

In der Meerenge von Gibraltar sind in den letzten 15 Jahren 13 000 – 15 000 Flüchtlinge gestorben. Das ist das größte Massengrab der Neuzeit. Beides DLF 16.10.

Bei der Abschiebung von Flüchtlingen stellt der marokkanische Staat die Polizei für Europa. Demonstrant in Rabat.

Die Richter für den Prozess gegen Saddam wurden von den Amerikanern ausgewählt. Von der Finanzierung will ich gar nicht reden.

Kay Ambros, Völkerrechtler, DLF 19.10.

Die Büros der EU-Kommission werden jährlich mit 1 900 Tonnen Papier beliefert. beides DLF 14. 10.

• gefunden von MANFRED ERBE

Wenn Minister von heute auf morgen in ein anderes, vollkommen fremdes Ressort wechseln, kommt man unwillkürlich zu dem Schluss, dass ein Minister der einzige hochbezahlte Posten ist, den Ungelernte ausüben können. • CARLO FRANCI



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGDigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062 E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

1. November

Die nächste Ausgabe erscheint am

18. November

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40

### ZITIERT

... Zuvor aber naht der Dritte im Bunde – Ludger K., ... ein Duisburger .

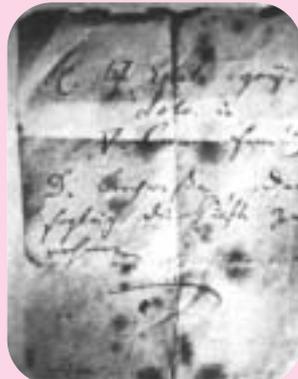
Ludger K. startet eine Scherzkampagne gegen die PDS/Linkspartei.

Bei den Zuschauern – überwiegend älter als 50, gebildet, kulturell interessiert – sinkt fühlbar die Raumtemperatur gegen Null. Arme verschränken sich vor der Brust, und eine Welle eisigen Hauches wandert aus den Sitzreihen in Richtung Bühne.

Von der Lachmesse. LVZ 17. 10.



Das einzige erhaltene Rezept, eines Regimentsmedicus, der später in anderer Profession berühmt wurde. Wer war es?



Ein beliebter Leipziger Treffpunkt. Wo ist er?



### Lösungsspiegel

ist  
Ist gewidmet  
dem Fürstbischof Ge-  
das Denkmal, das Cpt-  
im Schiller-Park steht  
Schiller  
dies  
Frie-